Harsányi & Messinger,

PATENT-URKUNDE

№ 253756.

AUF GRUND DER ANGEHEFTETEN PATENTSCHRIFT IST DURCH BESCHLUSZ DES KAISERLICHEN PATENTAMTES

an Chemische Fabrik Dr. von Kereszty, Dr. Wolf & Cie. in Budapest

EIN PATENT ERTEILT WORDEN.

GEGENSTAND DES PATENTES IST:

GESETZ v. 7. APRIL 1891

Verfahren zur Darstellung eines Tenchyleoters.

ANFANG DES PATENTES: 30. November 1911.

DIE RECHTE UND PFLICHTEN DES PATENTINHABERS SIND DURCH DAS PATENTGESETZ VOM 7. APRIL 1891 (REICHS-GESETZBLATT FÜR 1891 SEITE 79) UND DURCH DAS GESETZ VOM 6. JUNI 1911 (REICHS-GESETZBLATT FÜR 1911 SEITE 243) BESTIMMT.

ZU URKUND DER ERTEILUNG DES PATENTES IST DIESE AUSFERTIGUNG ERFOLGT.

KAISERLICHES PATENTAMT.

21261 – 1

Pat. Rol. 2.
(IV. 1912. 10000)

ORSZÁGOS LEVÉLTÁR
Z szakc'ó 221

KAISERLICHES PATENTAMT.

AUSGEGEBEN DEN 14. NOVEMBER 1912

PATENTSCHRIFT

— № 253756 —

KLASSE 12 *o*. GRUPPE 25.

CHEMISCHE FABRIK DR. VON KERESZTY, DR. WOLF & CIE.
IN BUDAPEST.

Verfahren zur Darstellung eines Fenchylesters.

Patentiert im Deutschen Reiche vom 30. November 1911 ab.

Die als Antirheumatica bekannten salicylsauren Terpenester, z. B. Mentholsalicylat und Borneolsalicylat, haben den Nachteil, daß sie flüssig sind und somit nur äußerlich angewendet werden können.

Es wurde nun gefunden, daß das bisher unbekannte Fenchylsalicylat fest und kristallinisch, somit auch innerlich leicht dosierbar ist und zur Zeit den einzigen festen Salicylsäureester der therapeutisch verwendbaren Terpenalkohole bildet. Die Herstellung einzelner therapeutisch verwendbarer Fenchylester ist zwar schon bekannt (vgl. Pharmac. Zeitung 55 [1910] S. 368), der Salicylsäureester des Fenchylalkohols ist aber noch nicht beschrieben worden.

Die Darstellung des Fenchylsalicylates erfolgt nach den üblichen Methoden.

Beispiel 1.

Molekulare Mengen von Salicylsäuremethylester und Fenchylalkohol werden unter Zusatz von Natriumalkoholat u. dgl. zur Umsetzung in Salicylsäurefenchylester und Methylalkohol erwärmt.

Beispiel 2.

Salicylsäure und Fenchylalkohol werden so lange erhitzt, bis kein Wasser mehr entweicht.

In beiden Fällen wird das Produkt bis zur neutralen Reaktion gewaschen, destilliert und aus wäßrigem (70 Prozent) Alkohol umkristallisiert. Der neue Körper schmilzt über 51°, übt eine lang anhaltende therapeutische Wirkung aus, kann in Emulsion oder in Lösung auch als äußerliches Antirheumaticum verwendet werden, ist ungiftig und hat die Eigenart, im Dunkeln bei der geringsten Bewegung zu leuchten.

Patent-Anspruch:

Verfahren zur Darstellung eines Fenchylesters, dadurch gekennzeichnet, daß man Fenchylalkohol durch Einwirkung von Salicylsäure oder Salicylsäureestern nach bekannten Methoden in Fenchylsalicylat überführt.

BERLIN. GEDRUCKT IN DER REICHSDRUCKEREI.

Z. 1261 1-1913 ORSZÁGOS LEVÉLTÁR Z. szekció

Z szekció

Z 1261 - 1 1913
22/12

§ 10. Das Patent wird für nichtig erklärt, wenn sich ergibt:
1. daß der Gegenstand nach §§ 1 und 2 nicht patentfähig war,
2. daß die Erfindung Gegenstand des Patents eines früheren Anmelders ist,
3. daß der wesentliche Inhalt der Anmeldung den Beschreibungen, Zeichnungen, Modellen, Gerätschaften oder Einrichtungen eines anderen oder einem von diesem angewendeten Verfahren ohne Einwilligung desselben entnommen war.

Trifft eine dieser Voraussetzungen (1 bis 3) nur teilweise zu, so erfolgt die Erklärung der Nichtigkeit durch entsprechende Beschränkung des Patents.

§ 11. Das Patent kann nach Ablauf von drei Jahren, von dem Tage der über die Erteilung des Patents erfolgten Bekanntmachung (§ 27 Absatz 1) gerechnet, zurückgenommen werden:
1. wenn der Patentinhaber es unterläßt, im Inlande die Erfindung in angemessenem Umfange zur Ausführung zu bringen, oder doch alles zu tun, was erforderlich ist, um diese Ausführung zu sichern;
2. wenn im öffentlichen Interesse die Erteilung der Erlaubnis zur Benutzung der Erfindung an andere geboten erscheint, der Patentinhaber aber gleichwohl sich weigert, diese Erlaubnis gegen angemessene Vergütung und genügende Sicherstellung zu erteilen.

§ 12. Wer nicht im Inlande wohnt, kann den Anspruch auf die Erteilung eines Patents und die Rechte aus dem Patent nur geltend machen, wenn er im Inlande einen Vertreter bestellt hat. Der letztere ist zur Vertretung in dem nach Maßgabe dieses Gesetzes stattfindenden Verfahren, sowie in den das Patent betreffenden bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten und zur Stellung von Strafanträgen befugt. Der Ort, wo der Vertreter seinen Wohnsitz hat, und in Ermangelung eines solchen der Ort, wo das Patentamt seinen Sitz hat, gilt im Sinne des § 24 der Zivilprozeßordnung als der Ort, wo sich der Vermögensgegenstand befindet.

Unter Zustimmung des Bundesrats kann durch Anordnung des Reichskanzlers bestimmt werden, daß gegen die Angehörigen eines ausländischen Staates ein Vergeltungsrecht zur Anwendung gebracht werde.

Zweiter Abschnitt. Patentamt. § 13. Die Erteilung, die Erklärung der Nichtigkeit und die Zurücknahme der Patente erfolgt durch das Patentamt.

Das Patentamt hat seinen Sitz in Berlin. Es besteht aus einem Präsidenten, aus Mitgliedern, welche die Befähigung zum Richteramt oder zum höheren Verwaltungsdienst besitzen (rechtskundige Mitglieder), und aus Mitgliedern, welche in einem Zweige der Technik sachverständig sind (technische Mitglieder). Die Mitglieder werden, und zwar der Präsident auf Vorschlag des Bundesrats, vom Kaiser ernannt. Die Berufung der rechtskundigen Mitglieder erfolgt, wenn sie im Reichs- oder Staatsdienst ein Amt bekleiden, auf die Dauer dieses Amts, anderenfalls auf Lebenszeit. Die Berufung der technischen Mitglieder erfolgt entweder auf Lebenszeit oder auf fünf Jahre. In letzterem Falle finden auf sie die Bestimmungen im § 16 des Gesetzes, betreffend die Rechtsverhältnisse der Reichsbeamten, vom 31. März 1873 keine Anwendung.

§ 14. In dem Patentamt werden
1. Abteilungen für die Patentanmeldungen (Anmeldeabteilungen),
2. eine Abteilung für die Anträge auf Erklärung der Nichtigkeit oder auf Zurücknahme von Patenten (Nichtigkeitsabteilung),
3. Abteilungen für die Beschwerden (Beschwerdeabteilungen)

gebildet.

In den Anmeldeabteilungen dürfen nur solche technische Mitglieder mitwirken, welche auf Lebenszeit berufen sind. Die technischen Mitglieder der Anmeldeabteilungen dürfen nicht in den übrigen Abteilungen, die technischen Mitglieder der letzteren nicht in den Anmeldeabteilungen mitwirken.

Die Beschlußfähigkeit der Anmeldeabteilungen ist durch die Anwesenheit von mindestens drei Mitgliedern bedingt, unter welchen sich zwei technische Mitglieder befinden müssen.

Die Entscheidungen der Nichtigkeitsabteilung und der Beschwerdeabteilungen erfolgen in der Besetzung von zwei rechtskundigen und drei technischen Mitgliedern. Zu anderen Beschlußfassungen genügt die Anwesenheit von drei Mitgliedern.

Die Bestimmungen der Zivilprozeßordnung über Ausschließung und Ablehnung der Gerichtspersonen finden entsprechende Anwendung.

Zu den Beratungen können Sachverständige, welche nicht Mitglieder sind, zugezogen werden; dieselben dürfen an den Abstimmungen nicht teilnehmen.

§ 15. Die Beschlüsse und die Entscheidungen der Abteilungen erfolgen im Namen des Patentamts; sie sind mit Gründen zu versehen, schriftlich auszufertigen und allen Beteiligten von Amts wegen zuzustellen.

§ 16. Gegen die Beschlüsse der Anmeldeabteilungen und der Nichtigkeitsabteilung findet die Beschwerde statt. An der Beschlußfassung über die Beschwerde darf kein Mitglied teilnehmen, welches bei dem angefochtenen Beschlusse mitgewirkt hat.

§ 17. Die Bildung der Abteilungen, die Bestimmung ihres Geschäftskreises, die Formen des Verfahrens, einschließlich des Zustellungswesens, und der Geschäftsgang des Patentamts werden, insoweit dieses Gesetz nicht Bestimmungen darüber trifft, durch Kaiserliche Verordnung unter Zustimmung des Bundesrats geregelt.

§ 18. Das Patentamt ist verpflichtet, auf Ersuchen der Gerichte über Fragen, welche Patente betreffen, Gutachten abzugeben, sofern in dem gerichtlichen Verfahren voneinander abweichende Gutachten mehrerer Sachverständiger vorliegen.

Im übrigen ist das Patentamt nicht befugt, ohne Genehmigung des Reichskanzlers außerhalb seines gesetzlichen Geschäftskreises Beschlüsse zu fassen oder Gutachten abzugeben.

§ 19. Bei dem Patentamt wird eine Rolle geführt, welche den Gegenstand und die Dauer der erteilten Patente, sowie den Namen und Wohnort der Patentinhaber und ihrer bei Anmeldung der Erfindung etwa bestellten Vertreter angibt. Der Anfang, der Ablauf, das Erlöschen, die Erklärung der Nichtigkeit und die Zurücknahme der Patente sind, unter gleichzeitiger Bekanntmachung durch den Reichsanzeiger, in der Rolle zu vermerken.

Tritt in der Person des Patentinhabers oder seines Vertreters eine Änderung ein, so wird dieselbe, wenn sie in beweisender Form zur Kenntnis des Patentamts gebracht ist, ebenfalls in der Rolle vermerkt und durch den Reichsanzeiger veröffentlicht. Solange dieses nicht geschehen ist, bleiben der frühere Patentinhaber und sein früherer Vertreter nach Maßgabe dieses Gesetzes berechtigt und verpflichtet.

Die Einsicht der Rolle, der Beschreibungen, Zeichnungen, Modelle und Probestücke, auf Grund deren die Erteilung der Patente erfolgt ist, steht, soweit es sich nicht um ein im Namen der Reichsverwaltung für die Zwecke des Heeres oder der Flotte genommenes Patent handelt, jedermann frei.

Das Patentamt veröffentlicht die Beschreibungen und Zeichnungen, soweit deren Einsicht jedermann freisteht, in ihren wesentlichen Teilen durch ein amtliches Blatt. In dasselbe sind auch die Bekanntmachungen aufzunehmen, welche durch den Reichsanzeiger nach Maßgabe dieses Gesetzes erfolgen müssen.

Dritter Abschnitt. Verfahren in Patentsachen. § 20. Die Anmeldung einer Erfindung behufs Erteilung eines Patents geschieht schriftlich bei dem Patentamt. Für jede Erfindung ist eine besondere Anmeldung erforderlich. Die Anmeldung muß den Antrag auf Erteilung des Patents enthalten und in dem Antrage den Gegenstand, welcher durch das Patent geschützt werden soll, genau bezeichnen. In einer Anlage ist die Erfindung dergestalt zu beschreiben, daß danach die Benutzung derselben durch andere Sachverständige möglich erscheint. Am Schlusse der Beschreibung ist dasjenige anzugeben, was als patentfähig unter Schutz gestellt werden soll (Patentanspruch). Auch sind die erforderlichen Zeichnungen, bildlichen Darstellungen, Modelle und Probestücke beizufügen.

Das Patentamt erläßt Bestimmungen über die sonstigen Erfordernisse der Anmeldung.

Bis zu dem Beschlusse über die Bekanntmachung der Anmeldung sind Abänderungen der darin enthaltenen Angaben zulässig. Gleichzeitig mit der Anmeldung sind für die Kosten des Verfahrens zwanzig Mark zu zahlen.

§ 21. Die Anmeldung unterliegt einer Vorprüfung durch ein Mitglied der Anmeldeabteilung.

Erscheint hierbei die Anmeldung als den vorgeschriebenen Anforderungen (§ 20) nicht genügend, so wird durch Vorbescheid der Patentsucher aufgefordert, die Mängel innerhalb einer bestimmten Frist zu beseitigen.

Insoweit die Vorprüfung ergibt, daß eine nach §§ 1, 2, 3 Absatz 1 patentfähige Erfindung nicht vorliegt, wird der Patentsucher hiervon unter Angabe der Gründe mit der Aufforderung benachrichtigt, sich binnen einer bestimmten Frist zu äußern.

Erklärt sich der Patentsucher auf den Vorbescheid (Absatz 2 und 3) nicht rechtzeitig, so gilt die Anmeldung als zurückgenommen; erklärt er sich innerhalb der Frist, so faßt die Anmeldeabteilung Beschluß.

§ 22. Ist durch die Anmeldung den vorgeschriebenen Anforderungen (§ 20) nicht genügt oder ergibt sich, daß eine nach §§ 1, 2, 3 Absatz 1 patentfähige Erfindung nicht vorliegt, so wird die Anmeldung von der Abteilung zurückgewiesen. An der Beschlußfassung darf das Mitglied, welches den Vorbescheid erlassen hat, nicht teilnehmen.

Soll die Zurückweisung auf Grund von Umständen erfolgen, welche nicht bereits durch den Vorbescheid dem Patentsucher mitgeteilt waren, so ist demselben vorher Gelegenheit zu geben, sich über diese Umstände binnen einer bestimmten Frist zu äußern.

§ 23. Erachtet das Patentamt die Anmeldung für gehörig erfolgt und die Erteilung eines Patents nicht für ausgeschlossen, so beschließt es die Bekanntmachung der Anmeldung. Mit der Bekanntmachung treten für den Gegenstand der Anmeldung zugunsten des Patentsuchers einstweilen die gesetzlichen Wirkungen des Patents ein (§§ 4 und 5).

Die Bekanntmachung geschieht in der Weise, daß der Name des Patentsuchers und der wesentliche Inhalt des in seiner Anmeldung enthaltenen Antrags durch den Reichsanzeiger einmal veröffentlicht wird. Mit der Veröffentlichung ist die Anzeige zu verbinden, daß der Gegenstand der Anmeldung einstweilen gegen unbefugte Benutzung geschützt sei.

Gleichzeitig ist die Anmeldung mit sämtlichen Beilagen bei dem Patentamt zur Einsicht für jedermann auszulegen. Auf dem durch § 17 des Gesetzes bestimmten Wege kann angeordnet werden, daß die Auslegung auch außerhalb Berlins zu erfolgen habe.

Die Bekanntmachung kann auf Antrag des Patentsuchers auf die Dauer von höchstens sechs Monaten, vom Tage des Beschlusses über die Bekanntmachung an gerechnet, ausgesetzt werden. Bis zur Dauer von drei Monaten darf die Aussetzung nicht versagt werden.

Handelt es sich um ein im Namen der Reichsverwaltung für die Zwecke des Heeres oder der Flotte nachgesuchtes Patent, so erfolgt auf Antrag die Patenterteilung ohne jede Bekanntmachung. In diesem Falle unterbleibt auch die Eintragung in die Patentrolle.

§ 24. Innerhalb der Frist von zwei Monaten nach der Veröffentlichung (§ 23) ist die erste Jahresgebühr (§ 8 Absatz 1) einzuzahlen. Erfolgt die Einzahlung nicht binnen dieser Frist, so gilt die Anmeldung als zurückgenommen.

Innerhalb der gleichen Frist kann gegen die Erteilung des Patents Einspruch erhoben werden. Der Einspruch muß schriftlich erfolgen und mit Gründen versehen sein. Er kann nur auf die Behauptung gestützt werden, daß der Gegenstand nach §§ 1 und 2 nicht patentfähig sei, oder daß dem Patentsucher ein Anspruch auf das Patent nach § 3 nicht zustehe. Im Falle des § 3 Absatz 2 ist nur der Verletzte zum Einspruch berechtigt.

Nach Ablauf der Frist hat das Patentamt über die Erteilung des Patents Beschluß zu fassen. An der Beschlußfassung darf das Mitglied, welches den Vorbescheid (§ 21) erlassen hat, nicht teilnehmen.

§ 25. Bei der Vorprüfung und in dem Verfahren vor der Anmeldeabteilung kann jederzeit die Ladung und Anhörung der Beteiligten, die Vernehmung von Zeugen und Sachverständigen, sowie die Vornahme sonstiger zur Aufklärung der Sache erforderlicher Ermittelungen angeordnet werden.

§ 26. Gegen den Beschluß, durch welchen die Anmeldung zurückgewiesen wird, kann der Patentsucher, und gegen den Beschluß, durch welchen über die Erteilung des Patents entschieden wird, der Patentsucher oder der Einsprechende innerhalb eines Monats nach der Zustellung Beschwerde einlegen. Mit der Einlegung der Beschwerde sind für die Kosten des Beschwerdeverfahrens zwanzig Mark zu zahlen; erfolgt die Zahlung nicht, so gilt die Beschwerde als nicht erhoben.

Ist die Beschwerde an sich nicht statthaft oder ist dieselbe verspätet eingelegt, so wird sie als unzulässig verworfen.

Wird die Beschwerde für zulässig befunden, so richtet sich das weitere Verfahren nach § 25. Die Ladung und Anhörung der Beteiligten muß auf Antrag eines derselben erfolgen. Dieser Antrag kann nur abgelehnt werden, wenn die Ladung des Antragstellers in dem Verfahren vor der Anmeldeabteilung bereits erfolgt war.

Soll die Entscheidung über die Beschwerde auf Grund anderer als der in dem angegriffenen Beschlusse berücksichtigten Umstände erfolgen, so ist den Beteiligten zuvor Gelegenheit zu geben, sich hierüber zu äußern.

Das Patentamt kann nach freiem Ermessen bestimmen, inwieweit einem Beteiligten im Falle des Unterliegens die Kosten des Beschwerdeverfahrens zur Last fallen, sowie anordnen, daß dem Beteiligten, dessen Beschwerde für gerechtfertigt befunden ist, die Gebühr (Absatz 1) zurückgezahlt wird.

§ 27. Ist die Erteilung des Patents endgültig beschlossen, so erläßt das Patentamt darüber durch den Reichsanzeiger eine Bekanntmachung und fertigt demnächst für den Patentinhaber eine Urkunde aus.

Wird die Anmeldung nach der Veröffentlichung (§ 23) zurückgenommen oder wird das Patent versagt, so ist dies ebenfalls bekannt zu machen. Die eingezahlte Jahresgebühr wird in diesen Fällen erstattet. Mit der Versagung des Patents gelten die Wirkungen des einstweiligen Schutzes als nicht eingetreten.

§ 28. Die Einleitung des Verfahrens wegen Erklärung der Nichtigkeit oder wegen Zurücknahme des Patents erfolgt nur auf Antrag.

*) Abgeändert durch nachstehend abgedrucktes Gesetz.

Die Patentgebühr wird jährlich fällig am

30. November.

Patentgesetz vom 7. April 1891. (Reichs-Gesetzbl. S. 79.)

Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden Deutscher Kaiser, König von Preußen etc.

verordnen im Namen des Reichs, nach erfolgter Zustimmung des Bundesrats und des Reichstags, was folgt:

Artikel I. An Stelle der §§ 1 bis 40 des Patentgesetzes vom 25. Mai 1877 (Reichs-Gesetzbl. S. 501) treten folgende Bestimmungen.

Erster Abschnitt. Patentrecht. § 1. Patente werden erteilt für neue Erfindungen, welche eine gewerbliche Verwertung gestatten.

Ausgenommen sind:

1. Erfindungen, deren Verwertung den Gesetzen oder guten Sitten zuwiderlaufen würde;
2. Erfindungen von Nahrungs-, Genuß- und Arzneimitteln, sowie von Stoffen, welche auf chemischem Wege hergestellt werden, soweit die Erfindungen nicht ein bestimmtes Verfahren zur Herstellung der Gegenstände betreffen.

§ 2. Eine Erfindung gilt nicht als neu, wenn sie zur Zeit der auf Grund dieses Gesetzes erfolgten Anmeldung in öffentlichen Druckschriften aus den letzten hundert Jahren bereits derart beschrieben oder im Inlande bereits so offenkundig benutzt ist, daß danach die Benutzung durch andere Sachverständige möglich erscheint.

Die im Auslande amtlich herausgegebenen Patentbeschreibungen stehen den öffentlichen Druckschriften erst nach Ablauf von drei Monaten seit dem Tage der Herausgabe gleich, sofern das Patent von demjenigen, welcher die Erfindung im Auslande angemeldet hat, oder von seinem Rechtsnachfolger nachgesucht wird. Diese Begünstigung erstreckt sich jedoch nur auf die amtlichen Patentbeschreibungen derjenigen Staaten, in welchen nach einer im Reichs-Gesetzblatt enthaltenen Bekanntmachung die Gegenseitigkeit verbürgt ist.

§ 3. Auf die Erteilung des Patents hat derjenige Anspruch, welcher die Erfindung zuerst nach Maßgabe dieses Gesetzes angemeldet hat. Eine spätere Anmeldung kann den Anspruch auf ein Patent nicht begründen, wenn die Erfindung Gegenstand des Patents des früheren Anmelders ist. Trifft diese Voraussetzung teilweise zu, so hat der spätere Anmelder nur Anspruch auf Erteilung eines Patents in entsprechender Beschränkung.

Ein Anspruch des Patentsuchers auf Erteilung des Patents findet nicht statt, wenn der wesentliche Inhalt seiner Anmeldung den Beschreibungen, Zeichnungen, Modellen, Gerätschaften oder Einrichtungen eines anderen oder einem von diesem angewendeten Verfahren ohne Einwilligung desselben entnommen und von dem letzteren aus diesem Grunde Einspruch erhoben ist. Hat der Einspruch die Zurücknahme oder Zurückweisung der Anmeldung zur Folge, so kann der Einsprechende, falls er innerhalb eines Monats seit Mitteilung des hierauf bezüglichen Bescheides des Patentamts die Erfindung seinerseits anmeldet, verlangen, daß als Tag seiner Anmeldung der Tag vor Bekanntmachung der früheren Anmeldung festgesetzt werde.

§ 4. Das Patent hat die Wirkung, daß der Patentinhaber ausschließlich befugt ist, gewerbsmäßig den Gegenstand der Erfindung herzustellen, in Verkehr zu bringen, feilzuhalten oder zu gebrauchen. Ist das Patent für ein Verfahren erteilt, so erstreckt sich die Wirkung auch auf die durch das Verfahren unmittelbar hergestellten Erzeugnisse.

§ 5. Die Wirkung des Patents tritt gegen denjenigen nicht ein, welcher zur Zeit der Anmeldung bereits im Inlande die Erfindung in Benutzung genommen oder die zur Benutzung erforderlichen Veranstaltungen getroffen hatte. Derselbe ist befugt, die Erfindung für die Bedürfnisse seines eigenen Betriebes in eigenen oder fremden Werkstätten auszunutzen. Diese Befugnis kann nur zusammen mit dem Betriebe vererbt oder veräußert werden.

Die Wirkung des Patents tritt ferner insoweit nicht ein, als die Erfindung nach Bestimmung des Reichskanzlers für das Heer oder für die Flotte oder sonst im Interesse der öffentlichen Wohlfahrt benutzt werden soll. Doch hat der Patentinhaber in diesem Falle gegenüber dem Reich oder dem Staate, welcher in seinem besonderen Interesse die Beschränkung des Patents beantragt hat, Anspruch auf angemessene Vergütung, welche in Ermangelung einer Verständigung im Rechtswege festgesetzt wird.

Auf Einrichtungen an Fahrzeugen, welche nur vorübergehend in das Inland gelangen, erstreckt sich die Wirkung des Patents nicht.

§ 6. Der Anspruch auf Erteilung des Patents und das Recht aus dem Patent gehen auf die Erben über. Der Anspruch und das Recht können beschränkt oder unbeschränkt durch Vertrag oder durch Verfügung von Todes wegen auf andere übertragen werden.

§ 7. Die Dauer des Patents ist fünfzehn Jahre; der Lauf dieser Zeit beginnt mit dem auf die Anmeldung der Erfindung folgenden Tage. Bezweckt eine Erfindung die Verbesserung oder sonstige weitere Ausbildung einer anderen, zugunsten des Patentsuchers durch ein Patent geschützten Erfindung, so kann dieser die Erteilung eines Zusatzpatents nachsuchen, welches mit dem Patent für die ältere Erfindung sein Ende erreicht.

Wird durch die Erklärung der Nichtigkeit des Hauptpatents ein Zusatzpatent zu einem selbständigen Patent, so bestimmt sich dessen Dauer und der Fälligkeitstag der Gebühren nach dem Anfangstage des Hauptpatents. Für den Jahresbetrag der Gebühren ist der Anfangstag des Zusatzpatents maßgebend. Dabei gilt als erstes Patentjahr der Zeitabschnitt zwischen dem Tage der Anmeldung des Zusatzpatents und dem nächstfolgenden Jahrestage des Anfangs des Hauptpatents.

§ 8. Für jedes Patent ist vor der Erteilung eine Gebühr von dreißig Mark zu entrichten (§ 24 Absatz 1).

Mit Ausnahme der Zusatzpatente (§ 7) ist außerdem für das Patent mit Beginn des zweiten und jedes folgenden Jahres der Dauer eine Gebühr zu entrichten, welche das erstemal fünfzig Mark beträgt und weiterhin jedes Jahr um fünfzig Mark steigt.

Diese Gebühr (Absatz 2) ist innerhalb sechs Wochen nach der Fälligkeit zu entrichten. Nach Ablauf der Frist kann die Zahlung nur unter Zuschlag einer Gebühr von zehn Mark innerhalb weiterer sechs Wochen erfolgen.

Einem Patentinhaber, welcher seine Bedürftigkeit nachweist, können die Gebühren für das erste und zweite Jahr der Dauer des Patents bis zum dritten Jahre gestundet und, wenn das Patent im dritten Jahre erlischt, erlassen werden.

Die Zahlung der Gebühren kann vor Eintritt der Fälligkeit erfolgen. Wird auf das Patent verzichtet oder dasselbe für nichtig erklärt oder zurückgenommen, so erfolgt die Rückzahlung der nicht fällig gewordenen Gebühren.

Durch Beschluß des Bundesrats kann eine Herabsetzung der Gebühren angeordnet werden.

§ 9. Das Patent erlischt, wenn der Patentinhaber auf dasselbe verzichtet, oder wenn die Gebühren nicht rechtzeitig bei der Kasse des Patentamts oder zur Überweisung an dieselbe bei einer Postanstalt im Gebiete des Deutschen Reichs eingezahlt sind.

Im Falle des § 10 Nr 3 ist nur der Verletzte zu dem Antrage berechtigt.

Im Falle des § 10 Nr 1 ist nach Ablauf von fünf Jahren, von dem Tage der über die Erteilung des Patents erfolgten Bekanntmachung (§ 27 Absatz 1) gerechnet, der Antrag unstatthaft.

Der Antrag ist schriftlich an das Patentamt zu richten und hat die Tatsachen anzugeben, auf welche er gestützt wird. Mit dem Antrage ist eine Gebühr von fünfzig Mark zu zahlen. Erfolgt die Zahlung nicht, so gilt der Antrag als nicht gestellt. Die Gebühr wird erstattet, wenn das Verfahren ohne Anhörung der Beteiligten beendet wird.

Wohnt der Antragsteller im Auslande, so hat er dem Gegner auf dessen Verlangen Sicherheit wegen der Kosten des Verfahrens zu leisten. Die Höhe der Sicherheit wird von dem Patentamt nach freiem Ermessen festgesetzt. Dem Antragsteller wird bei Anordnung der Sicherheitsleistung eine Frist bestimmt, binnen welcher die Sicherheit zu leisten ist. Erfolgt die Sicherheitsleistung nicht vor Ablauf der Frist, so gilt der Antrag als zurückgenommen.

§ 29. Nachdem die Einleitung des Verfahrens verfügt ist, fordert das Patentamt den Patentinhaber unter Mitteilung des Antrags auf, sich über denselben innerhalb eines Monats zu erklären.

Erklärt der Patentinhaber binnen der Frist sich nicht, so kann ohne Ladung und Anhörung der Beteiligten sofort nach dem Antrage entschieden und bei dieser Entscheidung jede von dem Antragsteller behauptete Tatsache für erwiesen angenommen werden.

§ 30. Widerspricht der Patentinhaber rechtzeitig, oder wird im Falle des § 29 Absatz 2 nicht sofort nach dem Antrage entschieden, so trifft das Patentamt, und zwar im ersteren Falle unter Mitteilung des Widerspruchs an den Antragsteller, die zur Aufklärung der Sache erforderlichen Verfügungen. Es kann die Vernehmung von Zeugen und Sachverständigen anordnen. Auf dieselben finden die Vorschriften der Zivilprozeßordnung entsprechende Anwendung. Die Beweisverhandlungen sind unter Zuziehung eines beeidigten Protokollführers aufzunehmen.

Die Entscheidung erfolgt nach Ladung und Anhörung der Beteiligten.

* Wird die Zurücknahme des Patents auf Grund des § 11 Nr. 2 beantragt, so muß der diesem Antrage entsprechenden Entscheidung eine Androhung der Zurücknahme unter Angabe von Gründen und unter Festsetzung einer angemessenen Frist vorausgehen.

§ 31. In der Entscheidung (§§ 29, 30) hat das Patentamt nach freiem Ermessen zu bestimmen, zu welchem Anteile die Kosten des Verfahrens den Beteiligten zur Last fallen.

§ 32. Die Gerichte sind verpflichtet, dem Patentamt Rechtshilfe zu leisten. Die Festsetzung einer Strafe gegen Zeugen und Sachverständige, welche nicht erscheinen oder ihre Aussage oder deren Beeidigung verweigern, sowie die Vorführung eines nicht erschienenen Zeugen erfolgt auf Ersuchen durch die Gerichte.

§ 33. Gegen die Entscheidung des Patentamts (§§ 29, 30) ist die Berufung zulässig. Die Berufung geht an das Reichsgericht. Sie ist binnen sechs Wochen nach der Zustellung bei dem Patentamt schriftlich anzumelden und zu begründen.

Durch das Urteil des Gerichtshofs ist nach Maßgabe des § 31 auch über die Kosten des Verfahrens zu bestimmen.

Im übrigen wird das Verfahren vor dem Gerichtshof durch ein Regulativ bestimmt, welches von dem Gerichtshof zu entwerfen ist und durch Kaiserliche Verordnung unter Zustimmung des Bundesrats festgestellt wird.

§ 34. In betreff der Geschäftssprache vor dem Patentamt finden die Bestimmungen des Gerichtsverfassungsgesetzes über die Gerichtssprache entsprechende Anwendung. Eingaben, welche nicht in deutscher Sprache abgefaßt sind, werden nicht berücksichtigt.

Vierter Abschnitt. Strafen und Entschädigung. § 35. Wer wissentlich oder aus grober Fahrlässigkeit den Bestimmungen der §§ 4 und 5 zuwider eine Erfindung in Benutzung nimmt, ist dem Verletzten zur Entschädigung verpflichtet.

Handelt es sich um eine Erfindung, welche ein Verfahren zur Herstellung eines neuen Stoffes zum Gegenstand hat, so gilt bis zum Beweise des Gegenteils jeder Stoff von gleicher Beschaffenheit als nach dem patentierten Verfahren hergestellt.

§ 36. Wer wissentlich den Bestimmungen der §§ 4 und 5 zuwider eine Erfindung in Benutzung nimmt, wird mit Geldstrafe bis zu fünftausend Mark oder mit Gefängnis bis zu einem Jahre bestraft.

Die Strafverfolgung tritt nur auf Antrag ein. Die Zurücknahme des Antrags ist zulässig.

Wird auf Strafe erkannt, so ist zugleich dem Verletzten die Befugnis zuzusprechen, die Verurteilung auf Kosten des Verurteilten öffentlich bekannt zu machen. Die Art der Bekanntmachung, sowie die Frist zu derselben ist im Urteil zu bestimmen.

§ 37. Statt jeder aus diesem Gesetze entspringenden Entschädigung kann auf Verlangen des Beschädigten neben der Strafe auf eine an ihn zu erlegende Buße bis zum Betrage von zehntausend Mark erkannt werden. Für diese Buße haften die zu derselben Verurteilten als Gesamtschuldner.

Eine erkannte Buße schließt die Geltendmachung eines weiteren Entschädigungsanspruchs aus.

§ 38. In bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten, in welchen durch Klage oder Widerklage ein Anspruch auf Grund der Bestimmungen dieses Gesetzes geltend gemacht ist, wird die Verhandlung und Entscheidung letzter Instanz im Sinne des § 8 des Einführungsgesetzes zum Gerichtsverfassungsgesetze dem Reichsgericht zugewiesen.

§ 39. Die Klagen wegen Verletzung des Patentrechts verjähren rücksichtlich jeder einzelnen dieselbe begründenden Handlung in drei Jahren.

§ 40. Mit Geldstrafe bis zu eintausend Mark wird bestraft:

1. wer Gegenstände oder deren Verpackung mit einer Bezeichnung versieht, welche geeignet ist, den Irrtum zu erregen, daß die Gegenstände durch ein Patent nach Maßgabe dieses Gesetzes geschützt seien;
2. wer in öffentlichen Anzeigen, auf Aushängeschildern, auf Empfehlungskarten oder in ähnlichen Kundgebungen eine Bezeichnung anwendet, welche geeignet ist, den Irrtum zu erregen, daß die darin erwähnten Gegenstände durch ein Patent nach Maßgabe dieses Gesetzes geschützt seien.

Artikel II. Die Bestimmung im § 28 Absatz 3 des Artikels I findet auf die zur Zeit bestehenden Patente mit der Maßgabe Anwendung, daß der Antrag mindestens bis zum Ablauf von drei Jahren nach dem Tage des Inkrafttretens dieses Gesetzes statthaft ist.

Artikel III. Dieses Gesetz tritt mit dem 1. Oktober 1891 in Kraft.

Urkundlich unter Unserer Höchsteigenhändigen Unterschrift und beigedrucktem Kaiserlichen Insiegel.

Gegeben Kiel, den 7. April 1891.

(L. S.) Wilhelm.

von Boetticher.

*) Aufgehoben durch nachstehend abgedrucktes Gesetz.

Gesetz, betreffend den Patentausführungszwang. Vom 6. Juni 1911. (Reichs-Gesetzbl. S. 243.)

Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden Deutscher Kaiser, König von Preußen usw.

verordnen im Namen des Reichs, nach erfolgter Zustimmung des Bundesrats und des Reichstags, was folgt:

Artikel I. An die Stelle des § 11 des Patentgesetzes vom 7. April 1891 (Reichs-Gesetzbl. S. 79) treten folgende Vorschriften:

Verweigert der Patentinhaber einem anderen die Erlaubnis zur Benutzung der Erfindung auch bei Angebot einer angemessenen Vergütung und Sicherheitsleistung, so kann, wenn die Erteilung der Erlaubnis im öffentlichen Interesse geboten ist, dem anderen die Berechtigung zur Benutzung der Erfindung zugesprochen werden (Zwangslizenz). Die Berechtigung kann eingeschränkt erteilt und von Bedingungen abhängig gemacht werden.

Das Patent kann, soweit nicht Staatsverträge entgegenstehen, zurückgenommen werden, wenn die Erfindung ausschließlich oder hauptsächlich außerhalb des Deutschen Reichs oder der Schutzgebiete ausgeführt wird. Die Übertragung des Patents auf einen anderen ist insofern wirkungslos, als sie nur den Zweck hat, der Zurücknahme zu entgehen.

Vor Ablauf von drei Jahren seit der Bekanntmachung der Erteilung des Patents kann eine Entscheidung nach Abs. 1, 2 gegen den Patentinhaber nicht getroffen werden.

Artikel II. Auf das Verfahren und die Entscheidung über die Erteilung der Zwangslizenz finden die Vorschriften des Patentgesetzes über die Zurücknahme des Patents Anwendung.

Artikel III. Die Vorschrift im § 30 Abs. 3 des Patentgesetzes wird aufgehoben.

Artikel IV. Dieses Gesetz tritt am 1. Juli 1911 in Kraft.

Urkundlich unter Unserer Höchsteigenhändigen Unterschrift und beigedrucktem Kaiserlichen Insiegel.

Gegeben Neues Palais, den 6. Juni 1911.

(L. S.) Wilhelm.

Delbrück.

L160992

THE UNITED STATES OF AMERICA

TO ALL TO WHOM THESE PRESENTS SHALL COME:

Whereas ISTVÁN BUGARSZKY,

of

Budapest, Austria-Hungary,

HAS PRESENTED TO THE **Commissioner of Patents** A PETITION PRAYING FOR THE GRANT OF LETTERS PATENT FOR AN ALLEGED NEW AND USEFUL IMPROVEMENT IN THE MANUFACTURE OF A LIGHT-COLORED TAR COLLOID HAVING CURATIVE PROPERTIES,

He having assigned one-third of his right, title, and interest in said improvement to Lajos Torok, of Budapest, Austria-Hungary, and one-third to Dr. Kereszty, Dr. Wolf és Tsa Vegyészeti Gyár, R. T., of Ujpest, Austria-Hungary, a corporation of Hungary,

A DESCRIPTION OF WHICH INVENTION IS CONTAINED IN THE SPECIFICATION OF WHICH A COPY IS HEREUNTO ANNEXED AND MADE A PART HEREOF, AND HAS COMPLIED WITH THE VARIOUS REQUIREMENTS OF LAW IN SUCH CASES MADE AND PROVIDED, AND

Whereas UPON DUE EXAMINATION MADE THE SAID CLAIMANT is ADJUDGED TO BE JUSTLY ENTITLED TO A PATENT UNDER THE LAW.

NOW THEREFORE THESE **Letters Patent** ARE TO GRANT UNTO THE SAID

István Bugarszky and Lajos Torok, their heirs or assigns, and Dr. Kereszty, Dr. Wolf és Tsa Vegyészeti Gyár, R. T., its successors

HEIRS OR ASSIGNS

FOR THE TERM OF SEVENTEEN YEARS FROM THE sixteenth DAY OF November, ONE THOUSAND NINE HUNDRED AND fifteen,

THE EXCLUSIVE RIGHT TO MAKE, USE AND VEND THE SAID INVENTION THROUGHOUT THE UNITED STATES AND THE TERRITORIES THEREOF.

In testimony whereof I have hereunto set my hand and caused the seal of the Patent Office to be affixed at the City of Washington this sixteenth day of November, in the year of our Lord one thousand nine hundred and fifteen, and of the Independence of the United States of America the one hundred and fortieth.

D. F. Chamberlain

Acting Commissioner of Patents.

UNITED STATES PATENT OFFICE.

ISTVÁN BUGARSZKY, OF BUDAPEST, AUSTRIA-HUNGARY, ASSIGNOR OF ONE-THIRD TO LAJOS TOROK, OF BUDAPEST, AUSTRIA-HUNGARY, AND ONE-THIRD TO DR. KERESZTY, DR. WOLF ÉS TSA VEGYÉSZETI GYÁR, R. T., OF UJPEST, AUSTRIA-HUNGARY, A CORPORATION OF HUNGARY.

MANUFACTURE OF A LIGHT-COLORED TAR COLLOID HAVING CURATIVE PROPERTIES.

1,160,992. Specification of Letters Patent. Patented Nov. 16, 1915.

No Drawing. Application filed December 17, 1912. Serial No. 737,216.

To all whom it may concern:

Be it known that I, Dr. ISTVÁN BUGARSZKY, a subject of the King of Hungary, residing at Budapest, Austria-Hungary, have invented new and useful Improvements in the Manufacture of a Light-Colored Tar Colloid Having Curative Properties, of which the following is a specification.

The preparation oil of cade mentioned as being officially approved in the *materia medica* books of Hungary and many other countries, could be more extensively used in dermal therapeutics than is at present the case if it did not contain certain constituents which impart to the preparation an irritating action on the skin and an unpleasant penetrating odor. Moreover the preparation has a dark brown color, which circumstance is objectionable when it is used as a cosmetic.

After long experiments I have succeeded in discovering a process, by means of which the undesirable constituents can be removed from the oil of cade without the constituents which have curative power thereby suffering any chemical change.

The process consists in that the oil of cade is subjected to fractional distillation in a vacuum at a pressure of or near to 20 mm. The first fraction begins to boil at about 50° C. When the boiling point 220° C. is reached, the distillation is interrupted, after which (likewise distillating in a vacuum) the second fraction boiling between 220° C. and 300° C. is taken; when the temperature of 300° C. is reached, the distillation is regarded as complete. This fraction distilling in a vacuum between 220° C. and 300° C. contains the constituents having curative properties free from the unpleasant secondary constituents of the original substance. The product so obtained (*i. e.* the said second fraction), which forms about one-third of the original substance, is a yellow colloid preparation with a slightly green fluorescence and great viscosity, which is soluble without residue in alcohol, chloroform and bisulfid of carbon; its odor is peculiarly pleasant and is not penetrating; and it does not cause the skin to crack. This product has a much higher density (1.053) than the fraction obtained from oil of cade between 150–175° at a pressure of 3 mm. (1.020). It is in a half liquid state, like honey, while the fraction obtained between 150–175° at 3 mm. is an easily flowing liquid, like naphtha. The distillation under a vacuum preferably takes place at a pressure of 20 mm.

What I claim is:

A process for the production of a light-colored product having curative properties from oil of cade, consisting in that oil of cade is subjected to fractional distillation in a vacuum at a pressure of or near to 20 mm. and the fraction taken between the temperatures of 220° C. and 300° C.

DR. ISTVÁN BUGARSZKY.

Witnesses:
CHAS. MESSINGER,
EUGENE HARSANYI.

Copies of this patent may be obtained for five cents each, by addressing the "Commissioner of Patents, Washington, D. C."

DEPARTMENT OF THE INTERIOR,

UNITED STATES PATENT OFFICE.

RECEIVED and RECORDED on the 17th *day of* December, 1912, *in Liber* N. 91, *page* 52 *of Transfers of Patents.*

IN TESTIMONY WHEREOF, I have caused the seal of the Patent Office to be hereunto affixed.

Exd Mar 8. E. B. Moore

Commissioner of Patents.

6—1697

utcza, Buda Pest, in the Kingdom of Hungary, have nvented certain new and useful improvements in the nufacture of a light coloured tar colloid having rative properties, for which I am about to make application for Letters Patent of the United States; and whereas Dr. LAJOS TÖRÖK, of 7, Alkotmány-utcza, Buda Pest, in the Kingdom of Hungary, and Dr. KERESZTY, Dr. WOLF és Tsa. VEGYÉSZETI GYÁR , R.T., of 1, Tó-utcza, Ujpest, in the Kingdom of Hungary, a corporation registered under the Laws of Hungary, are severally desirous of acquiring an interest in said invention and in the letters patent to be obtained therefor :

Now, therefore, to all to whom it may concern, be it known that, for and in consideration of the sum of ten dollars to me in hand paid, the receipt of which is hereby acknowledged, I the said Dr. István BUGARSZKY, have sold, assigned and transferred, and by these presents do sell, assign and transfer unto the said Dr. LAJOS TÖRÖK, the undivided one-third part of the whole right, title and interest in and to the said invention, as fully set forth and described in the specification prepared and excuted by me on the 2nd day of December 1912, preparatory to obtaining letters patent of the United States therefor and unto the

A S S I G N M E N T.

WHEREAS I, Dr. István BUGARSZKY, of 2, Damjanich-utcza, Buda Pest, in the Kingdom of Hungary, have invented certain new and useful improvements in the manufacture of a light coloured tar colloid having curative properties, for which I am about to make application for Letters Patent of the United States; and whereas Dr. LAJOS TÖRÖK, of 7, Alkotmány-utcza, Buda Pest, in the Kingdom of Hungary, and Dr. KERESZTY, Dr. WOLF és Tsa. VEGYÉSZETI GYÁR., R.T., of 1, Tó-utcza, Ujpest, in the Kingdom of Hungary, a corporation registered under the Laws of Hungary, are severally desirous of acquiring an interest in said invention and in the letters patent to be obtained therefor :

Now, therefore, to all to whom it may concern, be it known that, for and in consideration of the sum of ten dollars to me in hand paid, the receipt of which is hereby acknowledged, I the said Dr. István BUGARSZKY, have sold, assigned and transferred, and by these presents do sell, assign and transfer unto the said Dr. LAJOS TÖRÖK, the undivided one-third part of the whole right, title and interest in and to the said invention, as fully set forth and described in the specification prepared and executed by me on the 2nd day of December 1912, preparatory to obtaining letters patent of the United States therefor and unto the

said Dr. KERESZTY, Dr. WOLF és Tsa.VEGYÉSZETI GYÁR , R.T., the undivided one third part of the whole right, title and interest in and to the said invention; and I do hereby authorize and request the Commissioner of Patents to issue the said letters patent to myself in respect of an undivided one third part, to the said Dr. LAJOS TÖRÖK in respect of an undivided one-third part and to the said Dr. KERESZTY, Dr. WOLF és Tsa.VEGYÉSZETI GYÁR , R.T. in respect of an undivided one third part.

In testimony whereof I have hereunto set my hand and affixed my seal this 2nd day of December A.D. 1912.

Dr Lajos Birgansky

In presence of

Chas Hessinger Ph.D.

Eugene Hannigi

341

RECORDED
DEC 17 1912
U. S. PATENT OFFICE

1912 okt 30

SZABADALMI OKIRAT

57442 szám.

A magyar királyi szabadalmi hivatal

Dr Kereszty, Dr Wolf és Társa Vegyészeti Gyára Budapesti cég

ezen okirathoz füzött leirás ~~és~~=rajz alapján

„Eljárás theobromin-glycocolátok készitésére"

czimü találmányra szabadalmat adott.

A találmány bejelentésének napja 1912 év január hó 12 ik

A szabadalom tartamának kezdete 1912 év január hó 12 ik

Budapest, 1912 évi julius hó 10 ik n.

A m. kir. szabadalmi hivatal

elnök.

Gyógyszerügyi
2. melléklet

8

14106

Megjelent 1912. évi szeptember hó 27-én.

MAGY. KIR SZABADALMI HIVATAL

SZABADALMI LEIRÁS

57442. szám.

IV/h/2. OSZTÁLY.

Eljárás theobromin-glycocolátok készítésére.

DR KERESZTY, DR WOLF ÉS TÁRSA VEGYÉSZETI GYÁRA CÉG BUDAPESTEN.

A bejelentés napja 1912 január hó 12-ike.

A jelen találmány tárgya eljárás theobrominalkali-glycocolátok előállítására. Az 54730. sz. szabadalomban védett eljárás termékeinek, a theobrominalkali-glycolátok kiváló húgyhajtó hatása ugyanis lényegesen fölülmulható, ha alkali-glycolát helyett alkali-glycocolátot alkalmazunk a theobrominvegyület képezésére. A találmány tárgyát képező eljárás szerint készült theobrominalkali-glycocolát helyes adagolás mellett még kisebb húgyköveket is képes kiüríteni anélkül, hogy a vesékre káros befolyást gyakorolna.

Az eljárást úgy foganatosítjuk, hogy aequimolekuláris mennyiségű glycocolnátriumot és theobromin-nátriumot valamely ismert oldószerben elegyítjük s a terméket magában véve ismert módokon, pl. részleges bepárlás, lecsapás, stb. által különítjük el.

Az eljárás természetesen úgy is módosítható, hogy a sók helyett magának a theobrominnak és glycocolnak aequimolekuláris mennyiségeit oldjuk vagy suspendáljuk ismert közegben, melyhez ezután a megfelelő mennyiségű maró-alkalit adjuk.

Szabadalmi igények.

1. Eljárás theobromin-alkali-glycocolátok előállítására, jellemezve azáltal, hogy aequimolekuláris mennyiségű theobromin-alkalit és alkali-glicocolátot valamely ismert közegben oldva, elegyítjük s a terméket magában véve ismert módon különítjük el.
2. Az 1. alatti eljárás módozata, jellemezve azáltal, hogy sók helyett szabad theobromint, glycocolt és megfelelő mennyiségű maró alkalit használnunk.

ORSZÁGOS LEVÉLTÁR
I. szekció
9

PALLAS RÉSZVÉNYTÁRSASÁG NYOMDÁJA BUDAPESTEN.

Az 1895: XXXVII. t.-czikk (találmányi szabadalmakról) rövid kivonata.

8. §. A szabadalom jogos fennállása egész idejére a szabadalom tulajdonosának kizárólagos jogot ad arra, hogy találmánya tárgyát iparszerüleg készithesse, forgalomba hozhassa és iparszerüleg vagy üzemi berendezésként használhassa.

Eljárásra engedélyezett szabadalom hatálya az azon eljárás szerint előállitott terményekre is kiterjed.

9. §. A szabadalom annak tulajdonosát nem menti fel a fennálló törvényekben és rendeletekben foglalt szabályok megtartása alól.

15. §. Az, a kinek belföldön rendes lakhelye nincsen, szabadalmat csak akkor nyerhet és az ebből eredő jogokat csak akkor érvényesitheti, ha hitelesitett és a szabadalmi hivatalhoz bemutatott különös meghatalmazással ellátott, belföldön lakó képviselőt nevezett.

Az ilyen képviselő jogositva van arra, hogy megbizóját a szabadalmi hatóságok és bíróságok előtt képviselje, hogy a szabadalom bejelentésére, fentartására és büntető eljárás megindítására vonatkozó indítványt tehessen és hogy keresetekre kozott és másnemü határozatokat átvehessen.

A külföldön lakó szabadalom-tulajdonosok ellen indítandó perekben azon bíróság illetékes, melyeknek kerületében a képviselő lakik; ha pedig képviselője nincs: a szabadalmi hivatal székhelyére nézve illetékes bíróság.

Ha a külföldön lakó szabadalom-tulajdonos belföldi megbizottja a megbizásról lemondott vagy fel nem található és a szabadalom tulajdonosa uj megbizottat nem nevezett, vagy ha a belföldön lakó szabadalom-tulajdonos külföldre költözött vagy általában fel nem található: a szabadalom-tulajdonos képviseletére a szabadalmi hatóságok és a birságok ügygondnokot neveznek ki.

18. §. A szabadalom érvényét:

1. megszünés,

2. megvonás, vagy

3. megsemmisités által veszíti el.

19. §. A szabadalom megszünik:

1 a 15. év lejártával;

2. ha a szabadalom tulajdonosa szabadalmáról a szabadalmi hivatalnál irásban lemond;

3. ha az esedékes szabadalmi díjak kellő időben be nem fizettetnek.

Ha a lemondás a szabadalmi oltalom alatt álló találmánynak csak egyes részeire vonatkozik: a szabadalom a többi részekre nézve továbbra is fennáll.

Lejárat folytán a szabadalom a lejárat napját követő napon, a dij fizetésének elmulasztása esetében a mulasztást (45. §.) követő napon, lemondás esetében a lemondás bejelentésére következő napon szünik meg.

20. §. A szabadalom egészben vagy részben megvonható:

1. ha a szabadalom tulajdonosa elmulasztotta találmányát a magyar korona országai területén lényegileg és kellő terjedelemben gyakorlatba venni vagy ezen gyakorlatba-vételt igazolatlanul — szünetelés által — félbeszakitotta, vagy legalább a hazai és saját viszonyaihoz képest mindent meg nem tett, mi ezen gyakorlatba-vétel foganatositására szükséges.

Ezen megvonás rendszerint nem mondható ki előbb, mint a szabadalom megadásának kihirdetésétől számitandó 3 év elmultával.

Kivételesen a megvonás előbb is kimondható, ha a szabadalom tulajdonosa, daczára annak, hogy a találmány külföldön gyakorolfatik és a belföldi gyakorlás közérdekből kivánatos, a belföldön mutatkozó szükségletet belföldi gyakorlatba vétel által maga nem fedezi, vagy használati engedélyek által nem fedezteti és ezen kötelezettségének, a szabadalmi hivatal által a körülmények méltányos figyelembevétele mellett kitüzendő határidő alatt meg nem felel.

2. A szabadalom kihirdetésétől számitandó három év elmultával, ha a szabadalom tulajdonosa szabadalmát a belföldi szükségletet kielégitő mérvben nem gyakorolja, más megbizható belföldi vállalkozók részére pedig az e végből szükséges használati engedélyt a szabadalmi hivatal által megállapitandó kellő kárpótlás és biztositék nyujtása mellett megadni vonakodik.

Ily megvonás előtt a szabadalom tulajdonosa, megfelelő határidő kitüzése mellett, megintendő.

A megvonás mind a két esetben a megvonási határozat jogérvényétől hatályos.

Az állam részére adott szabadalom meg nem vonható.

21. §. A szabadalom megsemmisitendő és ehhez képest ugy tekintendő, mintha meg nem adatott volna:

1. ha a szabadalom tárgya szabadalmazásra alkalmatlan volt (1—3. §.);

2. ha nem a valóságos feltalálónak vagy jogutódjának adatott (5. §.);

3. ha valamely érvényben álló szabadalom tulajdonosa kimutatja, hogy a megtámadott szabadalom az ő szabadalmával azonos;

4. ha megállapittatik, hogy a szabadalom leirása nincs ugy szerkesztve, hogy abból a találmány lényege tehát a szabadalom tulajdonképeni tárgya s létesitésére szolgáló eszközök, tökéletesen s oly világosan kitünjenek, hogy minden szakértő a tárgyat a leirás nyomán előállithassa (32. §.).

Ha a fennebb elősorolt esetek csak részben forognak fenn, a megsemmisités részben, a szabadalom korlátozása utján, eszközölhető.

22. §. Mihelyt a szabadalom megszünés, megvonás vagy megsemmisités következtében érvényét veszitette: a találmány köztulajdonná válik és a fennálló törvények és szabályok keretében mindenki által szabadon használható, föltéve, hogy ugyanazon találmányra adott más szabadalom e használatnak utját nem állja.

Az érvényét vesztett szabadalom nem léphet többé hatályba.

45. §. Minden szabadalomért valamint pótszabadalomért a bejelentéssel egyidejüleg 20 korona bejelentési dij fizetendő.

A leirásnak a 32. §. értelmében megengedett módositásáért 10 korona dij fizetendő.

Ezenkivül minden szabadalomért az igénybe vett oltalom tartalmára való tekintettel a következő évi dijak fizetendők:

az 1-sö évre	— — — — —	*40*	*korona*
a 2-ik «	— — — — —	*50*	«
a 3-ik «	— — — — —	*60*	«
a 4-ik «	— — — — —	*70*	«
az 5-ik «	— — — — —	*80*	«
a 6-ik «	— — — — —	*100*	«
a 7-ik «	— — — — —	*120*	«
a 8-ik «	— — — — —	*140*	«
a 9-ik «	— — — — —	*160*	«
a 10 ik «	— — — — —	*200*	«
a 11-ik «	— — — — —	*250*	«
a 12-ik «	— — — — —	*300*	«
a 13-ik «	— — — — —	*350*	«
a 14-ik «	— — — — —	*400*	«
a 15-ik «	— — — — —	*500*	«

Pótszabadalomért a mennyiben az önálló szabadalomra át nem változik (17. §.) a szabadalom egész tartamára, a bejelentési dijon kivül a 40 korona dij csak egyszer fizetendő.

Ha ezen dijakból a szabadalmi hivatal kiadásai nem fedezhetők, a kereskedelmi miniszter a pénzügyminiszterrel egyetértőleg a jelen törvény életbeléptétől számitott három éven belül az emlitett dijakat rendeleti uton — azonban legfeljebb 50%-kal — emelheti.

Az évi dijak évenkint előre esedékesek és vagy évenkint, vagy több évre, vagy végre mind a 15 évre lefizethetők.

Az első évre járó dij legkésőbb a találmány bejelentésének közzététele napját követő 60 nap alatt fizetendő, mert különben a találmány bejelentése visszavontnak tekintendő.

A 2—15. évi dijak legkésőbben a lejáratot követő 60 nap alatt fizetendők.

A lejárattól számitandó 30 nap után teljesitett ily fizetésen kivül még 20 korona póldij jár.

Az évi dijak minden a szabadalom fennállásánál érdekelt féltől elfogadandók.

Oly feltalálóknak, kik szegénységüket szabályszerü szegénységi bizonyitvánnyal igazolják, vagy kik mint munkások a napi keresetre vannak utalva, a bejelentési és az első évi dij, valamint a leirások kiigazitásáért járó dij kitolathető és ha a szabadalom a második év kezdetén megszünt, teljesen el is engedhető.

A bejelentési dij egyáltalában nem, az évi dij csak akkor téritteti vissza, ha a szabadalom megadása megtagadtatik.

49. §. A ki a szabadalom tulajdonosának engedélye nélkül valamely szabadalom tárgyát előállitja, forgalomba hozza vagy tiltott módon használja, ugy hogy ez által a szabadalom tulajdonosának e törvényben gyökerező jogait tudva sérti: a szabadalom-bitorlás kihágását követi el és hatszáz koronáig terjedhető pénzbüntetéssel, visszaesés esetében pedig, ha az utolsó marasztalás jogerőre emelkedésétől két esztendő még el nem telt, két hónapig terjedhető elzárással és ezen felül hatszáz koronáig terjedhető pénzbüntetéssel büntetendő.

A kiszabott pénzbüntetések az ipari (kereskedelmi) iskolai alap javára esnek.

A büntetés kiszabásánál sulyositó körülményt képez, ha a panaszlott a szabadalom tulajdonosának alkalmazottja volt és ezen uton vagy a szabadalom tulajdonosának bizalmából szerzett értesülését és tapasztalásait használta fel a találmány bitorlására.

E szabályok akkor is alkalmazandók, ha a használt találmány ugyan még nem szabadalmaztatott, de a 34. §. szerint ideiglenesen oltalomban részesül.

50. §. A 49. §-ban körülirt kihágás a kir. járásbiróságok hatáskörébe tartozik és csak a sértett fél inditványára üldözhető.

A szabadalmazott találmány mibenlétének megitélésére kizárólag a szabadalmi levéltárban letett találmányi leirás szolgál alapul: ennélfogva nem vehető tekintetbe semminemü utólagos, ama leirásban nem foglalt értelmezés.

A mennyiben a leirásnak értelmezése iránt vita támad, a bíróság, ha szakértők kihallgatását találja szükségesnek, a szabadalmi hivatal véleményét köteles kikérni.

51. §. A sértett félnek a tárgyalás folyama alatt kifejezett kivánatára az itélet előtt kimondandó, hogy a vádlott birtokában talált utánkészitésnek vagy utánzatnak bizonyult tárgyak vagy alkatrészek elkobzandók s hogy azon eszközök és készülékek, melyek kizárólag a bitorlás végrehajtására szolgálnak, az elitélt költségén e czélra használhatlanokká teendők.

Az elkobzottaknak nyilvánitott tárgyak, ha az elitélt és a sértett fél közt más megállapodás nem jött létre, megsemmisitendők.

Ha a tárgyak a közbiztonságra nézve veszélyesek lennének, a bíróság megkeresésére a veszély elhárítása czéljából az illetékes hatóság által a kellő intézkedések megteendők.

52. §. A sértett félnek a tárgyalás folyama alatt kijelentett kivánatára a magánjog szerint őt megillető kártérités fejében a büntető bíróság az itéletben a büntetésen kivül, a fentorgó összes körülmények méltatásával szabad meggyőződése szerint, 20,000 koronáig terjedhető kártérítési összeget megállapithat, vagy a sértett felet kártérítési igényeivel a polgári per utjára utasithatja. Ha a büntető bíróság a sértett fél kivánatára kárterítési összeget állapitott meg, további kártérítés polgári per utján nem követelhető. Ha 20,000 koronát meghaladó kártérítést követel a sértett fél: egész kártérítési igényével polgári perre utasitandó.

A sértett félnek a tárgyalás folyamata alatt kifejezett kivánatára megrendelendő továbbá, hogy az itélet egész terjedelmében, indokaival együtt, az elitélt költségén hirlapilag közzététessék. A közzététel módja és határideje a sértett fél kivánatának tekintetbevételével az itéletben megállapitandó.

Ha ugyanazon bitorlásért többen itéltetnek el, az elitéltek a kártérítési összegért egyetemlegesen felelősek.

53. §. A sértett félnek jogában áll az 51. §-ban emlitett tárgyakra, eszközökre és készülékekre nézve még a büntető itélet meghozatala előtt, a zárlatot, külön őrizet alá vételt s más olyan intézkedések foganatositását kérni, melyek a büntető cselekmény ismétlését megakadályozhatják.

E kérvényt a bíróság azonnal elintézi és a mennyiben a bitorlás tényo valószinü, a kért zárlatot, őrizet alá vételt vagy másnemü biztositási intézkedéseket feltétlenül vagy a sértett fél által letendő biztositék feltétele alatt elrendeli.

Az eljárás folyama alatt a biztositási intézkedések feltétlenül vagy a panaszlott által letendő biztositéktól feltételezve feloldhatók.

54. §. Ha a büntető eljárás folyama alatt oly előzetes kérdés merül fel, mely a jelen törvény rendelkezésel szerint a szabadalmi hivatal és a szabadalmi tanács hatáskörébez tartozó szabadalom megvonási vagy megsemmisitési per utján döntendő el: a büntető biróság eljárásának felfüggesztése mellett az erre nézve elbirt keresot megindítására határidőt tüz ki. A mennyiben a visszavonás vagy megsemmisitési kereset beadása a határidőn belül igazoltatik, a határozat megérkezését bevárja és azt a saját határozatának alapjául veszi, ellenkező esetben a büntető eljárást folytatja.

Ily esetekben a büntető bíróság kimondhatja, hogy a foganatositott biztositási intézkedések a szabadalmi hatóságok határozatának beérkeztéig feltétlenül, vagy a sértett fél által letendő biztositék ellenében fentartandók.

55. §. A szabadalombitorlás kihágására, a mennyiben a jelen törvény intézkedést nem tartalmaz, a kihágási ügyekben követendő biról eljárás általános szabályai alkalmazandók.

E kihágási ügyek soron kivül tárgyalandók és intézendők el s azokban az 1883: IV. t.-cz. 7. §-ának a II. birósági itélet elleni további felebbvitelt határozó intézkedése nem nyer alkalmazást.

56. §. A szabadalmak megszerzése, átruházása, használatba- vagy gyakorlatba-vétele körül elkövetett oly cselekvények, melyek a büntető törvénykönyvben meghatározott valamely büntett vagy vétség tényállását állapitják meg: a büntető törvényeknek rendelkezései szerint itélendők meg.

Ha a cselekmény a büntető törvényekbe ütköző büntettet vagy vétséget és a jelen törvényekbe ütköző kihágást képez, a büntető törvényeknek és a jelen törvénynek megtorló intézkedései elkülönitett eljárás mellett alkalmazandók.

57. §. A ki valamely ellene indítandó bitorlási keresettől tart, jogositva van a szabadalmi hatóságok határozata által megállapittatni, hogy az általa előállitott vagy használt tárgy vagy eljárás valamely általa megjelölendő szabadalomba nem ütközik.

Az ez iránti kérelem az előállitandó tárgy vagy eljárás leirásának csatolása mellett a szabadalmi hivatalnál két példányban nyujtandó be. Az egyik példány a szabadalom tulajdonosának kiadandó avval, hogy a meghatározandó záros határidőn belül esetleges nyilatkozatát a szabadalmi hivatalnál beadhatja.

A kérelem a szabadalmi hivatal birói osztályánál tárgyaltatik s a feleknek s szükség esetében szakértőknek meghallgalása után döntetik el. Az eljárás költségeit a kérelmező viseli.

A birói osztály határozata ellen 30 nap alatt felfolyamodásnak van helye a szabadalmi tanácshoz.

A megállapitást magában foglaló jogérvényes határozat kizárja az ugyanazon tárgyra vonatkozó bitorlás iránti eljárást az ellen, a kinek kérelmére a megállapitási határozat hozatott.

Nem kerhet megállapitás iránt eljárást az, a ki ellen a büntető bíróságnál ugyanazon szabadalomra vonatkozó bitorlás iránti eljárás van folyamatban.

58. §. A bitorlás által sértett fél a bitorló ellen szabadalmi jogának elismerése, a bitorlás megszüntetése és kártérités iránti igényeit polgári peruton érvényesitheti:

a) **ha büntető eljárás megindítását nem inditványozza, vagy inditványát visszavonja;**

b) **ha büntető bíróságnál kártérítést nem követelt;**

c) **ha a büntető bíróság őt kártérítési igényével polgári perre utasitotta;**

d) **ha a büntetői eljárás a bitorlást elkövető félnek halála folytán vagy azért nem indítható meg, mert a büntethetőség elévülés által vagy más ok miatt elenyészett.**

A sértett félnek jogában áll szabadalmi jogának elismerését, a bitorlás megszüntetését és kártérítést követelni abban az esetben is, a midőn a cselekmény elkövetőjét semmiféle büntető felelősség nem terheli. Ezen esetben a kártérítés a gazdagodás erején tul nem terjedhet.

Ezen keresetek tárgyalásánál a jelen törvény 50. §-ának 2. és 3. bekezdése, valamint az 51., 53. és 54. §. intézkedései megfelelően alkalmazandók.

A kártérítés követelésához való jog elévül:

1. három év alatt azon napól számitva, a mely napon a cselekmény a sértett félnek tudomására jutott;

2. tiz év alatt, ha a cselekmény a sértett félnek nem is jutott tudomására, vagy tudomásának napjától három év nem is telt el.

A szabadalmi dij évenként januar *hó* 12 *napján esedékes és a szabadalmi*

hivatal pénztárába fizetendő.

*Ezen szabadalom elsőbbsége 19*12*évi* januar *hó* 12 *ik napján kezdődik.*

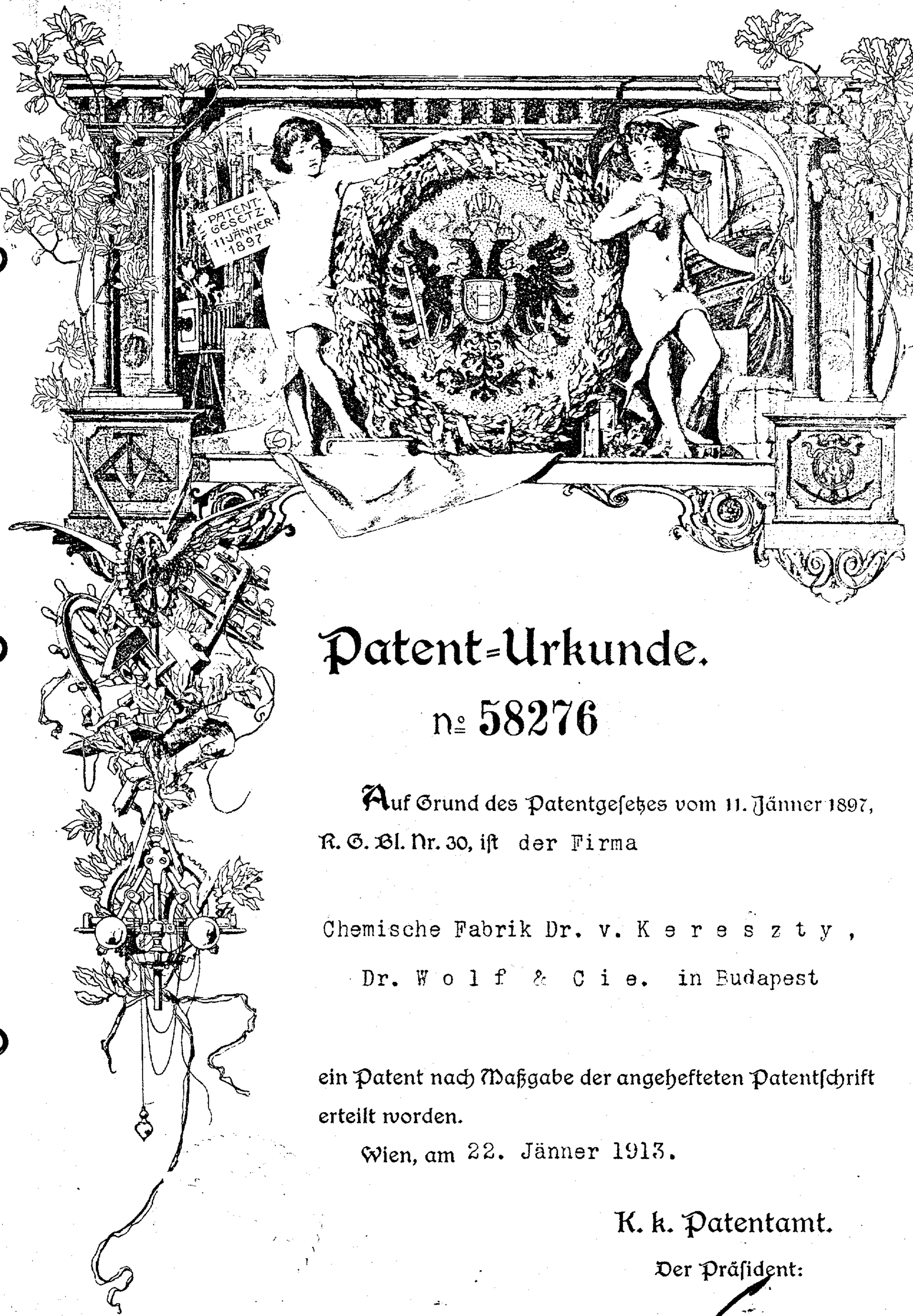
22443

Klasse 12 e. Ausgegeben am 26. März 1913.

KAIS. KÖNIGL. PATENTAMT.

Österreichische

PATENTSCHRIFT Nr. 58276.



Patent-Urkunde.

№ 58276

Auf Grund des Patentgesetzes vom 11. Jänner 1897, R. G. Bl. Nr. 30, ist der Firma

Chemische Fabrik Dr. v. Keresztey,

Dr. Wolf & Cie. in Budapest

ein Patent nach Maßgabe der angehefteten Patentschrift erteilt worden.

Wien, am 22. Jänner 1913.

K. k. Patentamt.

Der Präsident:

Z 1261-1-1913

ORSZÁGOS LEVÉLTÁR
Z szám: 6

CHEMISCHE FABRIK Dr. v. KERESZTY, Dr. WOLF & Cie. IN BUDAPEST.

Verfahren zur Darstellung des Salizylsäurefenchylesters und seiner aliphatischen Azylderivate.

Angemeldet am 28. November 1911; Priorität: Patentanspruch 1 vom 6. Dezember 1910 (Anmeldung in Ungarn).

Beginn der Patentdauer: 1. September 1912.

Die als Antirheumatika bekannten salizylsauren Terpenester, z. B. Salizylsäurementhol- und Salizylsäureborneolester, haben den Nachteil, daß sie flüssig sind und somit nur äußerlich angewendet werden können.

Es wurde nun gefunden, daß der unbekannte Salizylsäurefenchylester fest und kristallinisch, somit auch innerlich leicht dosierbar ist und z. B. den einzigen festen, salizylsauren Ester der therapeutisch verwendbaren Terpenalkohole bildet.

Die Darstellung des Salizylsäurefenchylesters erfolgt nach den üblichen Methoden.

Beispiel 1: Molekulare Mengen von Salizylsäuremethylester und Fenchylalkohol werden in einem kupfernen Gefäße unter Zusatz von Natriummethylat mehrere Stunden auf 160° erhitzt, wobei Methylalkohol und eine kleine Menge Fenchylalkohol überdestilliert. Nach etwa sechs Stunden gibt man $^1/_{10}$ Molekül Fenchylalkohol tropfenweise zu, um die Reaktion zu vervollständigen.

Die Reaktionsmasse wird in Benzol aufgenommen, mit Sodalösung bis zur neutralen Reaktion gewaschen und im Vakuum destilliert. Die im Vorlauf befindlichen, kleinen Mengen von Fenchyalkohol und Salizylsäuremethylester können in üblicher Weise getrennt und wiedergewonnen werden.

Beispiel 2: Molekulare Mengen von Salizylsäure und Fenchylalkohol werden zwölf Stunden lang unter Durchleitung von Kohlensäure auf 180° erhitzt, bis kein Wasser mehr entweicht. Die Reaktionsmasse wird auf die im früheren Beispiel angegebene Weise gereinigt.

Der neue Körper schmilzt über 51°, übt eine lang anhaltende, therapeutische Wirkung aus, kann in Emulsion oder in Lösung auch als äußerliches Antirheumatikum verwendet werden, ist ungiftig und hat die Eigenart, im Dunkeln bei der geringsten Bewegung zu leuchten.

Durch Azylierung lassen sich aus dem Salizylsäurefenchylester die niedrigen, aliphatischen Azylderivate darstellen, welche nicht leuchten, jedoch therapeutisch ebenfalls wichtig sind. Das Azetylderivat hat z. B. die für äußerlich zu verwendende Mittel besonders günstige Eigenschaft, gerade bei Körpertemperatur zu schmelzen.

Die Darstellung der Azylderivate erfolgt nach bekannten Methoden mit Hilfe der entsprechenden Azylchloride, Anhydride usw.

Beispiel 3: 1 Molekül Salizylsäurefenchylester wird mit $1^1/_2$ Molekülen Essigsäureanhydrid vermengt und die Reaktion durch Zusatz von ein bis zwei Tropfen konzentrierter Schwefelsäure eingeleitet. Die Reaktionsmasse wird mit Wasser gewaschen und kann gegebenenfalls umkristallisiert werden. Das Produkt schmilzt bei 39°, erleidet bei der Destillation Zersetzung, gibt keine Eisenreaktion, ist in kaltem, verdünnten Alkali unlöslich und wird durch Kochen mit Sodalösung leicht verseift.

PATENT-ANSPRÜCHE:

1. Verfahren zur Darstellung des Salizylsäurefenchylesters, dadurch gekennzeichnet, daß man Fenchylalkohol durch Einwirkung von Salizylsäure oder ihren Alkylestern nach bekannten Methoden in Salizylsäurefenchylester überführt.

2. Verfahren zur Darstellung von Azylderivaten des Salizylsäurefenchylesters, dadurch gekennzeichnet, daß in den Salizylsäurefenchylester nach bekannten Methoden niedere, aliphatische Azylgruppen eingeführt werden.

Z. 1269 1 – 1913

Druck von R. Spies & Co., Wien.

221/16

Aus dem Gesetze vom 11. Jänner 1897, R. G. Bl. Nr. 30, betreffend den Schutz von Erfindungen (Patentgesetz).

§ 7. Wer nicht im Inlande wohnt, kann den Anspruch auf Erteilung eines Patentes und die Rechte aus dem Patente nur geltend machen, wenn er einen im Inlande wohnhaften Vertreter hat.

Der Name und Wohnort dieses Vertreters sowie jede hinsichtlich der Vertretung entstehende Veränderung ist unter Vorlage der Vollmacht behufs Eintragung in das Patentregister beim Patentamte anzumelden.

Im Verordnungswege ist zu bestimmen, welchen Inhalt die bei dem Patentamte zu hinterlegende Vollmacht haben soll.

Der Ort, wo der Vertreter seinen Wohnsitz hat, und in Ermanglung eines solchen der Ort, wo das Patentamt seinen Sitz hat, gilt für die das Patent betreffenden Angelegenheiten als Wohnsitz des nicht im Inlande wohnenden Patentinhabers.

Die an den Vertreter geschehenen Zustellungen haben dieselben Rechtswirkungen, wie wenn sie an den Patentinhaber selbst erfolgt wären.

§ 8. Das Patent hat die Wirkung, daß der Patentinhaber ausschließlich befugt ist, betriebsmäßig den Gegenstand der Erfindung herzustellen, in Verkehr zu bringen, feilzuhalten oder zu gebrauchen.

Ist das Patent für ein Verfahren erteilt, so erstreckt sich die Wirkung auch auf die durch dieses Verfahren unmittelbar hergestellten Gegenstände.

§ 9. Die Wirkung des Patentes tritt gegen denjenigen nicht ein, welcher bereits zur Zeit der Anmeldung im guten Glauben die Erfindung im Inlande in Benützung genommen oder die zu solcher Benützung erforderlichen Veranstaltungen getroffen hat (Vorbenützer).

Derselbe ist befugt, die Erfindung für die Bedürfnisse seines eigenen Betriebes in eigenen oder fremden Werkstätten auszunützen.

Diese Befugnis kann nur zusammen mit dem Betriebe vererbt oder veräußert werden.

Der Vorbenützer kann verlangen, daß seine Befugnis von dem Patentbesitzer durch Ausstellung einer Urkunde anerkannt werde. Wird diese Anerkennung verweigert, so hat auf Antrag das Patentamt über den erhobenen Anspruch in dem für den Anfechtungsprozeß vorgesehenen Verfahren zu entscheiden. Die anerkannte Befugnis ist über Ansuchen des Berechtigten in das Patentregister einzutragen.

§ 10. Der Kriegsverwaltung steht das Recht zu, im Einverständnisse mit dem Handelsminister*) von Erfindungen, welche sich auf zur Hebung der Wehrkraft notwendige Kriegswaffen, Spreng- oder Munitionsartikel, Befestigungen oder Kriegsschiffe beziehen, für ihren Bedarf Gebrauch zu machen oder durch ihre geschäftlich Beauftragten Gebrauch machen zu lassen, ohne daß der Kriegsverwaltung gegenüber aus dem erteilten Patente irgendwelche Rechte geltend gemacht werden können.

Insofern über eine billige Vergütung zwischen dem Patentbesitzer und der Kriegsverwaltung unter Zustimmung des Finanzministers eine Vereinbarung nicht zustande kommt, entscheidet hierüber der Finanzminister im Einvernehmen mit dem Handelsminister*) und der Kriegsverwaltung.

Die Ausübung des der Kriegsverwaltung zustehenden Gebrauchsrechtes ist von dem Gange dieser Verhandlungen unabhängig.

§ 11. Stellt sich, wenn auch nach der Erteilung eines Patentes, für eine Erfindung heraus, daß deren Gegenstand in einer bestimmten Anwendungsart einem staatlichen Monopolsrechte vorbehalten ist, so hat das Patent rücksichtlich dieser Anwendungsart gegenüber der Staats- oder Kriegsverwaltung keine Wirkung.

§ 12. Auf Fahrzeuge und auf Einrichtungen an Fahrzeugen, welche nur vorübergehend aus Anlaß ihrer Benützung im Verkehre in das Inland gelangen, erstreckt sich die Wirkung eines Patentes nicht.

§ 14. Die Dauer des Patentes beträgt 15 Jahre; der Lauf dieser Zeit beginnt mit dem Tage der Bekanntmachung der angemeldeten Erfindung im Patentblatte (§ 57).

Zusatzpatente erreichen ihr Ende mit dem Stammpatente. Ein Zusatzpatent kann jedoch als selbständiges Patent ausdrücklich aufrechterhalten werden, wenn das Stammpatent zurückgenommen, nichtig erklärt oder darauf verzichtet wird. Seine Dauer bestimmt sich sodann nach dem Anfangstage des Stammpatentes. In Ansehung des Fälligkeitstages und des Ausmaßes der Jahresgebühren tritt das selbständig gewordene Zusatzpatent an die Stelle des Stammpatentes.

§ 16. Ein erteiltes Patent entbindet in keinem Falle von der Beobachtung der gesetzlichen Vorschriften, die aus öffentlichen Gesundheits-, Sicherheits- oder Sittlichkeitsrücksichten oder im allgemeinen Staatsinteresse bestehen oder erlassen werden.

§ 17. Der Urheber der Erfindung oder dessen Rechtsnachfolger ist, soweit er sich auf die Ausübung der patentierten Erfindung beschränkt, unbeschadet der Bestimmungen des § 16, an die bezüglich des Antrittes von Gewerben geltenden Vorschriften nicht gebunden.

§ 18. Das Recht aus der Anmeldung eines Patentes und das Patentrecht gehen auf die Erben über; ein Heimfallsrecht findet an diesen Rechten nicht statt.

Beide Rechte können zur Gänze oder nach ideellen Teilen durch Rechtsgeschäft, richterlichen Ausspruch oder letztwillige Verfügung auf andere übertragen werden.

Die zur Erwerbung des Patentrechtes erforderliche Eintragung der Übertragung (§ 23) hat durch das Patentamt über gerichtliche Requisition oder über ein schriftliches Übertragungsgesuch eines der Beteiligten zu erfolgen. Mit dem Übertragungsgesuche ist die Übertragungsurkunde vorzulegen, auf welcher, wenn sie nicht den Charakter einer öffentlichen Urkunde besitzt, die Unterschrift des Übertragenden beglaubigt sein muß.

Das Übertragungsgesuch und die Übertragungsurkunde unterliegen nach Form und Inhalt der Prüfung des Patentamtes.

§ 20. Der Patentinhaber ist berechtigt, die Benützung der Erfindung dritten Personen für das ganze Geltungsgebiet des Patentes oder für einen Teil desselben mit oder ohne Ausschluß anderer Benützungsberechtigter zu überlassen (Lizenz).

§ 23. Das Patentrecht (§ 18), das Pfandrecht und die sonstigen dinglichen Rechte an Patentrechten werden mit der Eintragung in das Patentregister erworben und gegen Dritte wirksam.

Für den Zeitpunkt der Erwerbung der Lizenzrechte bleiben die Bestimmungen des bürgerlichen Rechtes maßgebend. Dritten Personen gegenüber werden die Lizenzrechte erst mit der Eintragung in das Patentregister wirksam.

Die Rangordnung der vorgenannten Rechte wird durch die Reihenfolge der an das Patentamt gelangten Eingaben um Eintragung bestimmt, vorausgesetzt, daß die Eingabe zur Eintragung führt.

Gleichzeitig eingelangte Eingaben genießen die gleiche Rangordnung.

§ 24. Wer ein Patent erwirbt, übernimmt die darauf haftenden Lasten, welche im Zeitpunkte der Überreichung des Eintragungsgesuches bei dem Patentamte aus dem Patentregister ersichtlich oder zur Eintragung ordnungsmäßig angemeldet sind.

§ 26. Das Patent erlischt

1. bei rechtzeitiger Zahlung der Jahresgebühren spätestens mit Ablauf des 15. Jahres;

2. wenn die fällige Jahresgebühr nicht rechtzeitig bei der Kasse des Patentamtes oder zur Überweisung an dieselbe bei einer Postanstalt des Inlandes eingezahlt wurde;

3. wenn der Patentinhaber auf dasselbe verzichtet.

Betrifft der Verzicht nur einzelne Teile des Patentes, so bleibt das Patent hinsichtlich der übrigen Teile, sofern dieselben noch den Gegenstand eines selbständigen Patentes bilden können, aufrecht.

In den Fällen der durch Zeitablauf (1 und 2) eingetretenen Erlöschung wirkt dieselbe mit dem auf den Ablauf des letzten Gültigkeitsjahres folgenden Tage, in dem Falle des Verzichtes (3) mit dem auf die Bekanntgabe des Verzichtes an das Patentamt folgenden Tage.

§ 27. Ein Patent kann ganz oder teilweise zurückgenommen werden, wenn der Patentinhaber oder dessen Rechtsnachfolger es unterläßt, die Erfindung im Inlande im angemessenen Umfange auszuüben oder ausüben zu lassen oder doch alles zu tun, was erforderlich ist, um eine solche Ausübung zu sichern. Die Rücknahme kann in diesem Falle nicht früher als nach Ablauf von drei Jahren vom Tage der Bekanntmachung des erteilten Patentes im Patentblatte erfolgen. Diese Zeitbeschränkung entfällt, wenn der Patentinhaber oder dessen Rechtsnachfolger, ungeachtet die Erfindung im Auslande ausgeübt wird und das öffentliche Interesse die Ausübung auch im Inlande erfordert, fortfährt, den inländischen Bedarf statt durch eine im angemessenen Umfange gehaltene Ausübung im Inlande ausschließlich oder doch zum allergrößten Teile durch die Einfuhr zu decken.

Soll ein Patent vor Ablauf von drei Jahren vom Tage der Bekanntmachung des erteilten Patentes im Patentblatte zurückgenommen werden, so muß der Rücknahme eine Androhung unter Angabe der Gründe und unter Festsetzung einer angemessenen Frist zur entsprechenden Ausübung der Erfindung vorausgehen. Diese Frist darf nicht vor Ablauf von drei Jahren vom Tage der Anmeldung des Patentes zu Ende gehen.**)

Die Rücknahme wirkt mit dem Tage der Rechtskraft des Rücknahmeerkenntnisses. Ist aber der Rücknahme eine Androhung vorausgegangen, so wirkt die Rücknahme mit dem im Rücknahmeerkenntnisse anzusetzenden letzten Tage der in der Androhung für die gesetzmäßige Ausübung festgesetzten Frist.**)

§ 47. Absatz 2. Für einen Patentinhaber, welcher zeitweilig keinen Vertreter im Inlande besitzt oder dessen Aufenthalt im Inlande unbekannt ist, kann das Patentamt erforderlichenfalls zu seiner Vertretung einen Kurator bestellen, an den die Zustellung mit derselben Rechtswirkung wie an den Patentinhaber selbst erfolgen kann.

§ 95. Einen Eingriff begeht, wer ohne Zustimmung des Patentinhabers

a) betriebsmäßig den Gegenstand der geschützten Erfindung herstellt, in Verkehr bringt, feilhält oder gebraucht (§ 8);

b) die geschützte Erfindung, welche er bereits zur Zeit ihrer Anmeldung im Inlande im guten Glauben in Benützung genommen oder hinsichtlich welcher er die zu solcher Benützung erforderlichen Veranstaltungen getroffen hat, nicht bloß für die Bedürfnisse seines eigenen Betriebes in eigenen oder fremden Werkstätten ausnützt (§ 9).

§ 96. Gegen jeden Eingriff hat der Verletzte eine Klage auf Anerkennung seines Patentrechtes, Unterlassung fernerer Eingriffshandlungen, Beseitigung der Eingriffsgegenstände, Umgestaltung der Eingriffsmittel, Entschädigung oder Herausgabe der Bereicherung.

Die Gerichtsbarkeit über diese Klagen steht den mit der Handelsgerichtsbarkeit betrauten Gerichtshöfen zu.

§ 97. Ist der Eingriff wissentlich begangen worden, so bildet er ein Vergehen und ist von den zur Ausübung der Strafgerichtsbarkeit berufenen Gerichtshöfen erster Instanz an den Schuldigen mit Geld von 1000 bis 4000 K oder mit Arrest von drei Monaten bis zu einem Jahre, womit Geldstrafe bis 4000 K verbunden werden kann, zu bestrafen.

Die strafgerichtliche Verfolgung findet nur auf Verlangen des Verletzten als Privatankläger statt.

Die gleichzeitige Anwendung der strengeren Bestimmungen des allgemeinen Strafgesetzbuches, insbesondere derjenigen über den Betrug, ist hierdurch nicht ausgeschlossen.

§ 114. Für jedes Patent, sowie für jedes Zusatzpatent ist gleichzeitig mit der Anmeldung eine Anmeldegebühr von 30 K zu bezahlen.

Überdies ist für jedes Patent nach Maßgabe der in Anspruch genommenen Dauer des Patentschutzes eine Jahresgebühr zu entrichten.

Dieselbe beträgt:

für das	1. Jahr	40 K		für das	9. Jahr	240 K
„ „	2. „	50 „		„ „	10. „	280 „
„ „	3. „	60 „		„ „	11. „	360 „
„ „	4. „	80 „		„ „	12. „	440 „
„ „	5. „	100 „		„ „	13. „	520 „
„ „	6. „	120 „		„ „	14. „	600 „
„ „	7. „	160 „		„ „	15. „	680 „
„ „	8. „	200 „				

Für Zusatzpatente ist außer der Anmeldegebühr, sofern sie nicht zu selbständigen Patenten erklärt werden (§ 14), für ihre gesamte Geltungsdauer die Jahresgebühr nur einmal, und zwar im Ausmaße von 50 K zu entrichten.

Die Jahresgebühren sind vom Tage der Bekanntmachung der Anmeldung im Patentblatte (§ 57) an gerechnet von Jahr zu Jahr im vorhinein fällig und können für ein Patent entweder jahrweise oder für mehrere oder alle 15 Jahre zusammen im vorhinein bei der Kasse des Patentamtes entrichtet werden.

Die Jahresgebühr für das erste Jahr ist spätestens innerhalb dreier Monate nach dem Tage der Bekanntmachung der Anmeldung im Patentblatte (§ 57) einzuzahlen. Erfolgt die Einzahlung nicht innerhalb dieser Frist, so gilt die Anmeldung als zurückgenommen.

Die Jahresgebühren für das 2. bis 15. Jahr sind spätestens innerhalb dreier Monate nach der Fälligkeit zu entrichten. Für jede nach dem Fälligkeitstage erfolgende Zahlung dieser Jahresgebühren eines erteilten Patentes ist nebst der Jahresgebühr eine Zuschlagsgebühr von 10 K zu entrichten.

Die Jahresgebühren können von jeder an dem Patente interessierten Person eingezahlt werden.

Demjenigen, welcher seine Mittellosigkeit nachweist, sowie Arbeitern, welche nachweislich auf ihren Arbeitslohn beschränkt sind, können, sofern sie das Patent als Urheber der Erfindung für sich ansuchen, die Anmeldegebühr und die Jahresgebühr für das erste Patentjahr oder auch bloß die erste Jahresgebühr bis zum Ablaufe des dritten Monates nach der Fälligkeit der zweiten Jahresgebühr gestundet und, wenn das Patent mit Beginn des zweiten Jahres erlischt, erlassen werden.

Eine Rückzahlung der eingezahlten Anmeldegebühr findet niemals statt, der ersten Jahresgebühr nur in dem Falle wenn die Anmeldung vor dem Tage ihrer Bekanntmachung im Patentblatte (§ 57) zurückgezogen oder wenn das angemeldete Patent versagt wird, aller weiteren eingezahlten, noch nicht fällig gewordenen Jahresgebühren, wenn auf das Patent verzichtet oder wenn dasselbe zurückgenommen oder nichtig erklärt wird.

---

*) *Nach dem Gesetze vom 14. März 1919, St. G. Bl. Nr. 180: „mit dem Staatsamte für Handel und Gewerbe, Industrie und Bauten".*

**) *Absatz 2 und 3 des § 27 in der ihnen durch § 3 des Gesetzes vom 29 Dezember 1908, R. G. Bl. Nr. 268, gegebenen Fassung.*

HARSÁNYI JENŐ és Dr. MESSINGER KÁROLY
hites szabadalmi ügyvivők
BUDAPEST, v. Váczi-körút 78.

58276 számú

Osztrák.

SZABADALOM.

A szabadalom száma: 58276

Neme: Osztrák

Tulajdonosa: Chemische Fabrik Dr. v. Kereszty, Dr. Wolf & Cie. in Budapest.

Czime: Verfahren zur Darstellung des Salizylsäurefenchylesters und seiner aliphatischen Azylderivate".-

Tartama: 15 év.

Bejelentés napja: 1911 november 28.

Megadás napja: 1913 január hó 22.-e.

Dij fizetendő: szeptember hó 1-én.

Gyakorlatbavétel igazolandó: 1916 január hó 22-e előtt.

A dijfizetés elmulasztása a szabadalom megszünését vonja maga után.

Az esedékességeket nyilvántartjuk s azokra a szabadalom tulajdonost idejekorán figyelmeztetjük, azonban elmulasztott figyelmeztetés folytán beálló jogveszteségekért felelösséget csakis az esetben vállalunk, ha a szabadalom nyilvántartására előzetes megbizásunk volt és azt irásban elismertük.

Teljes tisztelettel

Harsányi és Dr. Messinger,
hites szabadalmi ügyvivők.

G. Hazai és Fiai.

SCHWEIZERISCHE EIDGENOSSENSCHAFT

ERFINDUNGSSCHUTZ

HAUPTPATENT N° 64580

NACHDEM DIE GESETZLICH VORGESCHRIEBENEN BEDINGUNGEN ERFÜLLT WORDEN SIND, HAT DAS UNTERZEICHNETE AMT AN

Dr. István Bugarszky, Professor der Tierarznei-Hochschule, Dr. Lajos Török, Universitätsprofessor, in Budapest, und Dr. Kereszty, Dr. Wolf és Esa. Vegyészeti Gyár R. T., in Ujpest (Ungarn),

DIESES HAUPTPATENT FÜR DIE IN DER BEIGEFÜGTEN DARLEGUNG BESCHRIEBENE ERFINDUNG, BETITELT:

Verfahren zur Darstellung eines hellfarbigen heilkräftigen Teerkolloids,

ERTEILT.

Anmeldungsdatum: 11. Dezember 1912, 7¼ Uhr p.

Der gesetzliche Schutz dauert längstens bis zum 11. Dezember 1932.

Die Patentgebühr wird jährlich fällig am 11. Dezember.

DAS VORHANDENSEIN, DER WERT ODER DIE NEUHEIT DER ERFINDUNG WERDEN DURCH DIE ERTEILUNG DES PATENTES NICHT GEWÄHRLEISTET.

EIDGENÖSSISCHES AMT FÜR GEISTIGES EIGENTUM,
DER DIREKTOR:

Bern, den 16. April 1914

LIPS. BERNE 825.

Z 1261-1- ORSZÁGOS LEVÉLTÁR Z szekció 1914

☛ Siehe dritte Seite des Umschlages.

SCHWEIZERISCHE EIDGENOSSENSCHAFT

EIDGEN. AMT FÜR GEISTIGES EIGENTUM

PATENTSCHRIFT

Nr. 64580 11. Dezember 1912, 7 ¼ Uhr p. Klasse 116 h

HAUPTPATENT

Dr. István BUGARSZKY, Dr. Lajos TÖRÖK, Budapest,
und DR. KERESZTY, DR. WOLF ÉS TSA. VEGYÉSZETI GYÁR R. T.,
Ujpest (Ungarn).

Verfahren zur Darstellung eines hellfarbigen heilkräftigen Teerkolloids.

Das im Arzneibuch von Ungarn und von mehreren andern Ländern als amtlich zugelassenes Präparat angeführte oleum cadinum (cadine, cade-oil) könnte in der Hauttherapie noch ausgiebiger verwendet werden, als dies jetzt der Fall ist, wenn es nicht solche Bestandteile enthalten würde, welche dem Präparat eine die Haut erregende Wirkung und einen unangenehmen, durchdringenden Geruch verleihen. Außerdem hat das Präparat eine dunkelbraune Farbe, welcher Umstand vom kosmetischen Standpunkt zu bemängeln ist.

Nach längern Versuchen gelang es, ein Verfahren zu finden, mittelst welchem aus dem oleum cadinum die unerwünschten Bestandteile entfernt werden können, ohne daß trotz der hierbei auftretenden chemischen Veränderungen seine Heilkraft eine Einbuße erleidet. Das Verfahren beruht darauf, daß das oleum cadinum der fraktionierten Destillation im Vakuum unterworfen wird. Die erste Fraktion beginnt bereits bei ungefähr 50° zu sieden. Wenn der Siedepunkt 220° erreicht, wird die Destillation unterbrochen, hierauf, ebenfalls im Vakuum destillierend, als zweite Fraktion der zwischen 220—300° siedende Teil aufgefangen, wonach bei Erreichung von 300° die Destillation als beendet betrachtet wird. Diese im Vakuum zwischen 220—300° destillierende Fraktion enthält das chemisch veränderte, heilkräftige Mittel frei von den in der Ausgangssubstanz enthaltenen, unangenehmen Nebenbestandteilen. Das so gewonnene Produkt, welches rund ein Drittel der Ausgangssubstanz ausmacht, ist ein hellfarbiges (gelbes) Kolloidpräparat mit schwacher grünlicher Fluoreszens und großer Viskosität, welches in Alkohol, Chloroform und Schwefelkohlenstoff restlos löslich ist; sein Geruch ist eigenartig angenehm und nicht penetrant; es reizt die Haut nicht.

Die Vakuumdestillation wird zweckmäßig bei einem Druck von 20 mm ausgeführt.

Die molukulare Prüfung des Ausgangsmaterials und des Endproduktes beweist,

HARSÁNYI JENŐ és Dr. MESSINGER KÁROLY
hites szabadalmi ügyvivők
BUDAPEST, v. Váczi-körút 78.

64580 számú
Svájczi

SZABADALOM.

A szabadalom száma: 64580

Neme: Svájczi.

Tulajdonosa: Dr. Bugarszky, Dr. Török und. Dr. Kereszty & Dr. Wolf Budapest.

Czime: "Verfahren zur Darstellung eines hellfarbigen heilkräftigen Teerkolloid".-

Tartama: 15 év.

Bejelentés napja: 1912. deczember 11.

Megadás napja: 1914 február hó 15.

Dij fizetendő: deczember hó 11-ig.

Gyakorlatbavétel igazolandó: 1915 deczember hó 11-e előtt.

A dijfizetés elmulasztása a szabadalom megszünését vonja maga után.

Az esedékességeket nyilvántartjuk s azokra a szabadalom tulajdonost idejekorán figyelmeztetjük, azonban elmulasztott figyelmeztetés folytán beálló jogveszteségekért felelösséget csakis az esetben vállalunk, ha a szabadalom nyilvántartására előzetes megbizásunk volt és azt irásban elismertük.

Teljes tisztelettel

Harsányi és Dr. Messinger,
hites szabadalmi ügyvivők.

daß bei dieser Destillation tiefgreifende chemische Umwandlungen stattfinden. So ist z. B. die Gefrierpunktserniedrigung des in Benzol gelösten Ausgangsmaterials viel geringer als diejenige des Gemenges der Fraktionen und des Rückstandes der fraktionierten Destillation. Daß tatsächlich bei dieser Destillation die als Endprodukt gewonnene Fraktion chemisch verändert worden ist, ergibt sich auch aus der Tatsache, daß, wenn dasselbe einer weitern Destillation bei 20 mm unterworfen wird, das Destillat eine geringere Viskosität, einen niedrigern Siedepunkt und ein geringeres spezifisches Gewicht zeigt, so daß ohne Zweifel jede Destillation eine Veränderung der Produktes zur Folge hat.

PATENTANSPRUCH:

Verfahren zur Darstellung eines hellfarbigen, heilkräftigen Teerkolloides von schwacher grünlicher Fluoreszenz und großer Viskosität, welches in Alkohol, Chloroform und Schwefelkohlenstoff restlos löslich ist, einen eigenartig angenehmen, nicht penetranten Geruch aufweist und die Haut nicht reizt, dadurch gekennzeichnet, daß oleum cadinum der fraktionierten Destillation im Vakuum unterworfen und hierbei die zwischen 220—300° destillierende Fraktion aufgefangen wird.

Dr. István BUGARSZKY.
Dr. Lajos TÖRÖK.
DR. KERESZTY, DR. WOLF ÉS TSA. VEGYÉSZETI GYÁR R. T.
Vertreter: A. RITTER, Basel.

Registrierung der Abtretungen, Lizenzen oder anderer Aenderungen im Recht an dem Patent.

Aenderungen im Recht an dem Patent werden kostenfrei eingetragen. Die Eintragung hat zur Voraussetzung, daß die Aenderung dem Amte durch eine mit beglaubigter Unterschrift versehene Erklärung des bisherigen Patentinhabers oder durch eine andere genügende Beweisurkunde nachgewiesen wird. Diese Beweisurkunde ist den Akten des Patentes einzuverleiben.

Eine Aenderung in der Vertreterschaft für das Patent, welche anläßlich des Ueberganges des letztern an einen neuen Inhaber eintritt, wird ebenfalls kostenfrei eingetragen.

Jahresgebühren.

Die Jahresgebühr ist für jedes Patentjahr **zum voraus** zu entrichten; sie beträgt für das erste 20 Fr. (schon einbezahlt), für das zweite 30 Fr., für das dritte 40 Fr. und so weiter bis zum 15. Jahre, für welches die Gebühr auf 160 Fr. ansteigt. Sie muß spätestens 3 Monate nach der Fälligkeit bezahlt werden, ansonst das Patent unwiderruflich erlischt.

Zusatzpatente.

Nur der **Inhaber** des Hauptpatentes ist zur Entnahme von Zusatzpatenten berechtigt (Erfinder, welche ihre Hauptpatente abgetreten haben, können keine Zusatzpatente, auf ihren Namen lautend, beanspruchen).

Der Inhaber des Hauptpatentes kann ein Zusatzpatent nur durch die Vermittlung des für das Hauptpatent bestellten Vertreters erwirken.

Das Zusatzpatent folgt von Rechteswegen dem Hauptpatent.

1920 JUL. 30.

SZABADALMI OKIRAT

IDŐSZERŰ IDŐSZERŰ IDŐSZERŰ

26326

szám.

A MAGYAR SZABADALMI HIVATAL

Chinoin gyógyszer és vegyészeti termékek gyára r. t.

(Dr. Kereszty és Dr. Wolf)

ujpesti cégnek

ezen okirathoz füzött leirás ~~és rajz~~ alapján

„Eljárás kolloidszén és kolloidszéntermékek előállitására"

cimü találmányra ..... szabadalmat adott.

A találmány bejelentésének napja 1917 év

november hó 21-ike

A szabadalom tartamának kezdete 1917 év

november hó 21-ike

Budapest, 1919 évi szeptember hó 20-án

A magyar szabadalmi hivatal:

elnök.

Pallas nyomda, Budapest.

Megjelent 1920. évi julius hó 15-én.

MAGYAR KIRÁLYI SZABADALMI HIVATAL.

SZABADALMI LEIRÁS

76826. szám.

IV/h1. OSZTÁLY.

Eljárás kolloidszén és kolloidszéntermékek előállítására.

CHINOIN GYÓGYSZER ÉS VEGYÉSZETI TERMÉKEK GYÁRA R.-T. DR. KERESZTY ÉS DR. WOLF CÉG UJPESTEN.

A bejelentés napja 1917 november hó 21-ike.

Szenet eddig csak az ismeretes Acheson-eljárás segélyével lehetett oly finoman elosztott állapotban előállítani, hogy az vízzel, de különösen olajokkal majdnem állandó, vagyis csak rendkívül lassan ülepedő elegyeket képezhetett. A szén ezen válfajának vizsgálata szerint ezen módosulat majdnem, vagy teljesen kolloidális grafitnak tekintendő.

A jelen találmány révén nem kolloidális grafitot, hanem majdnem, vagy teljesen kolloidális szenet állíthatunk elő. Az eljárást úgy foganatosítjuk, hogy szerves anyagokat, kiválóképen szénhydrátokat, vagy szénhydráttartalmú anyagokat, mint cellulóze, keményítő, fürészpor stb., pl. tízszeres mennyiségű tömény kénsavval fölmelegedés elkerülése mellett hosszabb időn keresztül bensően keverünk, a keveréket nagymennyiségű hideg vízzel fölhigítjuk s dekantálás révén a keletkezett finóman elosztott szenet teljesen savmentesítjük; az utolsó mosóvizekbe célszerű kis mennyiségű lúgot elegyíteni.

A fönti módon teljesen kimosott széntömeg 90—91% vizet tartalmaz, kocsonyás halmazállapotú és a szenet oly finoman elosztott állapotban tartalmazza, hogy olajokkal a szén kolloidális oldatát képező, tehát hosszú állás után sem elkülönödő elegyek készíthetők belőle, melyek különösen kenési célokra igen alkalmasak.

Ha a fönti módon előállított, még 85—90% vizet tartalmazó széntömeget ugyanakkora súlyú ásványolajjal, különösen nehéz ásványolajjal keverjük, vajszerű konzisztens tömeget kapunk, mely 50% olajat, 45% vizet és 5% finoman elosztott szenet tartalmaz. Ezen új kenőanyagból a víz még hosszú állás után sem különödik el. Az új kenőanyag az ismeretes Tovote-zsírok minden előnyével bir, noha víztartalma lényegesen nagyobb, mint amazoké. Különös előnye az új kenőanyagnak az is, hogy nagy víztartalma dacára lényegesen nagyobb viszkozitással bir, mint a készítéséhez fölhasznált ásványolaj.

Ha hígabb olajokkal akarunk konzisztens kenőanyagot készíteni, akkor célszerű a nedves szén és olaj elegyéhez kis mennyiségű szappant is adagolni.

Szabadalmi igények:

1. Eljárás rendkívül finom elosztású szén előállítására, jellemezve azáltal, hogy

szénhydrátokat vagy hasonlókat tömény-savval elszenesítünk s a széntömeget a savtól tökéletesen kimossuk.

2. Kenőanyag, mely főalkatrészek gyanánt az 1. igény szerint előállított, kb. még 90% vizet tartalmazó szénmasszából és ásványolajból áll.

3. A 2. alatti kenőanyag válfaja, mely finoman elosztott szénből, olajból, vízből és kis mennyiségű szappanból áll.

Az 1895:XXXVII. t.-czikk ⟨találmányi szabadalmakról⟩ rövid kivonata.

8. §. A szabadalom jogos fennállása egész idejére a szabadalom tulajdonosának kizárólagos jogot ad arra, hogy találmánya tárgyát iparszerűleg készíthesse, forgalomba hozhassa és iparszerűleg vagy üzemi berendezésként használhassa.

Eljárásra engedélyezett szabadalom hatálya az azon eljárás szerint előállított termékekre is kiterjed.

9. §. A szabadalom annak tulajdonosát nem menti fel a fennálló törvényekben és rendeletekben foglalt szabályok megtartása alól.

15. §. Az, a kinek belföldön rendes lakhelye nincsen, szabadalmat csak akkor nyerhet és az ebből eredő jogokat csak akkor érvényesítheti, ha hiteles itett és a szabadalmi hivatalhoz bemutatott különös meghatalmazással ellátott, belföldön lakó képviselőt nevezett.

Az ilyen képviselő jogositva van arra, hogy megbizóját a szabadalmi hatóságok és bíróságok előtt képviselje, hogy a szabadalom bejelentésére, fentartására és büntető eljárás megindítására vonatkozó indítványt tehessen és hogy keresetekre hozott és másnemü határozatokat átvehessen.

A külföldön lakó szabadalom-tulajdonosok ellen indítandó perekben azon bíróság illetékes, melyeknek kerületében a képviselő lakik; ha pedig képviselője nincs: a szabadalmi hivatal székhelyére nézve illetékes bíróság.

Ha a külföldön lakó szabadalom-tulajdonos belföldi megbizottja a megbizásról lemondott vagy fel nem található és a szabadalom tulajdonosa uj megbizottal nem nevezett, vagy ha a belföldön lakó szabadalom-tulajdonos külföldre költözött, vagy általában fel nem található: a szabadalom-tulajdonos képviseletére a szabadalmi hatóságok és a bíróságok ügygondnokot neveznek ki.

18. §. A szabadalom érvényét:

1. megszünés,
2. megvonás, vagy
3. megsemmisités által veszíti el.

19. §. A szabadalom megszünik:

1. a 15. év lejártával;
2. ha a szabadalom tulajdonosa szabadalmáról a szabadalmi hivatalnál irásban lemond;
3. ha az esedékes szabadalmi díjak kellő időben be nem fizettetnek.

Ha a lemondás a szabadalmi oltalom alatt álló találmánynak csak egyes részeire vonatkozik: a szabadalom a többi részekre nézve továbbra is fennáll.

Lejárat folytán a szabadalom a lejárat napját követő napon, a díj fizetésének elmulasztása esetében a mulasztást (45. §.) követő napon, lemondás esetében a lemondás bejelentésére következő napon szünik meg.

20. §. A szabadalom egészben vagy részben megvonható, ha a szabadalom tulajdonosa szabadalmazott találmányát sem maga, sem a szabadalom használatbavételére jogositott belföldi vállalkozó által a Magyarország területén lényegileg és kellő terjedelemben gyakorlatba nem vette és félbeszakitás nélkül nem gyakorolja, vagy megbizható belföldi vállalkozónak a szabadalmi hivatal által megállapitott kárpótlás és biztositék nyujtása mellett használati engedélyt adni vonakodik, kivéve, ha igazolja, hogy a találmány gyakorlatba vételére és a gyakorlás folytatására a maga részéről mindent megtett, a mi a hazai viszonyokhoz és a saját viszonyaihoz képest lehetséges volt.

A szabadalom megadásának kihirdetése napjától számitott három év letelte előtt meg nem vonható.

Megvonás esetén a szabadalom hatálya a megvonási határozat jogerőre emelkedését követő napon szünik meg.

Azok a szabadalmak, melyeknek használatba vételi joga az államot illeti, nem vonhatók meg.

21. §. A szabadalom megsemmisitendő és ehhez képest ugy tekintendő, mintha meg nem adatott volna:

1. ha a szabadalom tárgya szabadalmazásra alkalmatlan volt (1—3. §.);
2. ha nem a valóságos feltalálónak, vagy jogutódjának adatott (5. §.);
3. ha valamely érvényben álló szabadalom tulajdonosa kimutatja, hogy a megtámadott szabadalom az ő szabadalmával azonos;
4. ha *megállapittatik*, hogy a szabadalom leirása nincs ugy szerkesztve, hogy abból a találmány lényege, tehát a szabadalom tulajdonképeni tárgya s létesitésére szolgáló eszközök, tökéletesen s oly világosan kitünjenek, hogy minden szakértő a tárgyat a leirás nyomán előállithassa (32. §.).

Ha a fennebb elősorolt esetek csak részben forognak fenn, a megsemmisités részben a szabadalom korlátozása utján eszközölhető.

22. §. Mihelyt a szabadalom megszünés, megvonás vagy megsemmisités következtében érvényét vesztette: a találmány köztulajdonná válik és a fennálló törvények és szabályok keretében mindenki által szabadon használható, föltéve, hogy ugyanazon találmányra adott más szabadalom e használatnak útját nem állja.

Az érvényét vesztett szabadalom nem léphet többé hatályba.

45. §. Minden szabadalomért, valamint pótszabadalomért a bejelentéssel egyidejüleg 20 korona bejelentési dij fizetendő.

A leirásnak a 32. §. értelmében megengedett módositásáért 10 korona dij fizetendő.

Ezenkivül minden szabadalomért az igénybevett oltalom tartalmára való tekintettel a következő évi dijak fizetendők:

az 1-sö évre . . .	40 korona	a 9-ik évre . . .	160 korona
a 2-ik „ . . .	50 „	a 10-ik „ . . .	200 „
a 3-ik „ . . .	60 „	a 11-ik „ . . .	250 „
a 4-ik „ . . .	70 „	a 12-ik „ . . .	300 „
az 5-ik „ . . .	80 „	a 13-ik „ . . .	350 „
a 6-ik „ . . .	100 „	a 14-ik „ . . .	400 „
a 7-ik „ . . .	120 „	a 15-ik „ . . .	500 „
a 8-ik „ . . .	140 „		

Pótszabadalomért a mennyiben az önálló szabadalomra át nem változik (17. §.) a szabadalom egész tartamára, a bejelentési dijon kivül a 40 korona dij csak egyszer fizetendő.

Ha ezen dijakból a szabadalmi hivatal kiadásai nem fedezhetők, a kereskedelmi miniszter a pénzügyminiszterel egyetértőleg a jelen törvény életbeléptétől számitott három éven belül az emlitett dijakat rendeleti uton — azonban legfeljebb 50%-kal — emelheti.

Az évi dijak évenkint előre esedékesek és vagy évenkint, vagy több évre, vagy végre mind a 15 évre lefizethetők.

Az első évre járó dij legkésőbb a találmány bejelentésének közzététele napját követő 60 nap alatt fizetendő, mert különben a találmány bejelentése visszavontnak tekintendő.

A 2—15. évi dijak legkésőbben a lejáratot követő 60 nap alatt fizetendők.

A lejárattól számitandó 30 nap után teljesitett ily fizetésen kivül még 20 korona pótdij jár.

Az évi dijak minden a szabadalom fennállásánál érdekelt féltől elfogadandók.

Oly feltalálóknak, kik szegénységüket szabályszerü szegénységi bizonyitvánnyal igazolják, vagy kik mint munkások a napi keresetre vannak utalva, a bejelentési és az első évi dij, valamint a leirások kiigazitásáért járó dij hitelezhető és ha a szabadalom a második év kezdetén megszünt, teljesen el is engedhető.

A bejelentési dij egyáltalában nem, az évi dij csak akkor téritletik vissza, ha a szabadalom megadása megtagadtatik.

49. §. A ki a szabadalom tulajdonosának engedélye nélkül valamely szabadalom tárgyát előállitja, forgalomba hozza, vagy tiltott módon használja, ugy hogy ezáltal a szabadalom tulajdonosának e törvényben gyökerező jogait tudva sérti: a szabadalom-bitorlás kihágását követi el és hatszáz koronáig terjedhető pénzbüntetéssel, visszaesés esetében pedig, ha az utolsó marasztalás jogerőre emelkedésétől két esztendő még el nem telt, két hónapig terjedhető elzárással és ezen felül hatszáz koronáig terjedhető pénzbüntetéssel büntetendő.

A kiszabott pénzbüntetések az ipari (kereskedelmi iskolai) alap javára esnek.

A büntetés kiszabásán kivül sérelmi korlátnak képez, ha a panaszlott a szabadalom tulajdonosának alkalmazottja volt és ezen után, vagy a szabadalom tulajdonosának bizalmából szerzett értesülését és tapasztalását használta fel a találmány bitorlására.

E szabályok akkor is alkalmazandók, ha a használt találmány ugyan meg nem szabadalmaztatott, de a 34. §. szerint tudtomásban részesül.

50. §. A 49. §-ban körülirt kihágás a járásbiróságok hatáskörébe tartozik és csak a sértett fél indítványára üldözhető.

A szabadalmazott találmány minőségének megitélésére kizárólag a szabadalmi levéltárban letett találmányi leirás szolgál alapul: ennélfogva nem vehető tekintetbe semminemü utólagos, ama leirásban nem foglalt értelmezés.

Amennyiben a leirásnak értelmezése iránt vita támad, a biróság, ha szakértők kihallgatását találja szükségesnek, a szabadalmi hivatal véleményét köteles kikérni.

51. §. A sértett félnek a tárgyalás folyama alatt kifejezett kivánatára az itéletben kimondandó, hogy a vádlott birtokában talált utánkészitésnek vagy utánzatnak bizonyult tárgyak vagy alkatrészek elkobzandók s hogy azon eszközök és készülékek, melyek kizárólag a bitorlás végrehajtására szolgálnak, az elitélt költségén e célra használhatatlanokká teendők.

Az elkobzottaknak nyilvánitott tárgyak, ha az elitélt és a sértett fél közt más megállapodás nem jött létre, megsemmisitendők.

Ha a tárgyak a közbiztonságra nézve veszélyesek lennének, a biróság megkeresésére a veszély elhárítása czéljából az illetékes hatóság által a kellő intézkedések megteendők.

52. §. A sértett félnek a tárgyalás folyama alatt kijelentett kivánatára a magánjog szerint őt megillető kártérités fejében a büntető biróság az itéletben a büntetésen kivül, a fentforgó összes körülmények mérlegelésével, szabad meggyőződése szerint 20.000 koronáig terjedhető kártéritési összeget megállapithat, vagy a sértett felet kártéritési igényével a polgári per utjára utasithatja. Ha a büntető biróság a sértett fél kivánságára kártéritési összeget állapitott meg, további kártérités polgári per utján nem követelhető. Ha 20.000 koronát meghaladó kártérítést követel a sértett fél: egész kártérítési igényével polgári perre utasitandó.

A sértett félnek a tárgyalás folyamata alatt kifejezett kivánatára megrendelendő továbbá, hogy az itélet egész terjedelmében, indokaival együtt, az elitélt költségén hirlapilag közzététessék. A közzététel módja és határideje a sértett fél kivánatának tekintetbevételével az itéletben megállapitandó.

Ha ugyanazon bitorlásért többen itéltetnek el, az elitéltek a kártérítési összegért egyetemlegesen felelősek.

53. §. A sértett félnek jogában áll az 51. §-ban emlitett tárgyakra, eszközökre és készülékekre nézve még a büntető itélet meghozatala előtt a zárlatot, külön őrizet alávételt s más olyan intézkedések foganatositását kérni, melyek a büntető cselekmény ismétlését megakadályozhatják.

E kérvényt a biróság azonnal elintézi és amennyiben a bitorlás ténye valószinü, a kért zárlatot, őrizet alá vételt, vagy másnemü biztositási intézkedéseket feltétlenül, vagy a sértett fél által letendő biztositék feltétele alatt elrendeli.

Az eljárás folyama alatt a biztositási intézkedések feltétlenül vagy a panaszlott által letendő biztositéktól feltételezve feloldhatók.

54. §. Ha a büntető eljárás folyama alatt oly előzetes kérdés merül fel, mely a jelen törvény rendelkezései szerint a szabadalmi hivatal és a szabadalmi tanács hatásköréhez tartozó szabadalom megvonási, vagy megsemmisitési per utján döntendő el: a büntetőbiróság eljárásának felfüggesztése mellett az erre nézve előirt kereset megindítására határidőt tuz ki. Amennyiben a visszavonás, vagy megsemmisitési kereset beadása a határidőn belül igazoltatik, a határozat megérkezését bevárja és azt a saját határozatának alapjául veszi, ellenkező esetben a büntetőeljárást folytatja.

Ily esetekben a büntetőbiróság kimondhatja, hogy a foganatositott biztositási intézkedések a szabadalmi hatóságok határozatának beérkeztéig feltétlenül, vagy a sértett fél által letendő biztositék ellenében fentartandók.

55. §. A szabadalombitorlás kihágására, amennyiben a jelen törvény intézkedést nem tartalmaz, a kihágási ügyekben követendő birói eljárás általános szabályai alkalmazandók.

E kihágási ügyek soronkivül tárgyalandók és intézendők el s azokban az 1885:IV. t.-cz. 7. §-ának a II. birósági itélet elleni további felebbvitelt határozó intézkedése nem nyer alkalmazást.

56. §. 3. A szabadalmak megszerzése, átruházása, használatba, vagy gyakorlatba vétele körül elkövetett oly cselekmények, melyek a büntető törvénykönyvben meghatározott valamely büntett, vagy vétség tényállását állapitják meg: a büntető törvényeknek rendelkezései szerint itélendők meg.

Ha a cselekmény a büntető törvényekbe ütköző büntettet vagy vétséget és a jelen törvényekbe ütköző kihagást képez, a büntető törvényeknek és a jelen törvénynek megtorló intézkedései elkülönitett eljárás mellett alkalmazandók.

57. §. Aki valamely ellene indítandó bitorlási keresettől tart, jogositva van a szabadalmi hatóságok határozata által megállapittatni, hogy az általa előállitott vagy használt tárgy vagy eljárás valamely általa megjelölendő szabadalomba nem ütközik.

Az ezirányu kérelem az előállitandó tárgy vagy eljárás leirásának csatolása mellett a szabadalmi hivatalnál két példányban nyujtandó be. Az egyik példány a szabadalom tulajdonosának kiadandó avval, hogy a meghatározandó zárós határidőn belül esetleges nyilatkozatát a szabadalmi hivatalnál beadhatja.

A kérelem a szabadalmi hivatal birói osztályánál tárgyaltatik s a feleknek s szükség esetében szakértőknek meghallgatása után itélettel döntetik el. Az eljárás költségeit a kérelmező viseli.

A birói osztály itélete ellen az itélet kézbesitésétől számitott 30 nap alatt felebbezésnek van helye a szabadalmi tanácshoz. A fellebbezés elintézésére a polgári perrendtartásnak a fellebbezés szóbeli elintézésére vonatkozó rendelkezései megfelelően alkalmazandók.

A megállapitást magában foglaló jogérvényes határozat kizárja az ugyanazon tárgyra vonatkozó bitorlás iránti eljárást az ellen, akinek kérelmére a megállapitási határozat hozatott.

Nem kérhet megállapitás iránt eljárást az, aki ellen a büntető bíróságnál ugyanazon szabadalomra vonatkozó bitorlás iránti eljárás van folyamatban.

58. §. A bitorlás által sértett fél a bitorló ellen szabadalmi jogának elismerése, a bitorlás megszüntetése és kártérités iránti igényeit polgári perutan érvényesitheti:

a) ha büntető eljárás megindítását nem indítványozza, vagy indítványát visszavonja;

b) ha büntető bíróságnál kártérítést nem követelt;

c) ha büntető biróság őt kártérítési igényével polgári perre utasította;

d) ha a büntető eljárás a bitorlást elkövető félnek halála folytán vagy azért nem indítható meg, mert a büntethetőség elévülés által vagy más ok miatt elenyészett.

A sértett félnek jogában áll szabadalmi jogának elismerését, a bitorlás megszüntetését és kártérítést követelni abban az esetben is, amidőn a cselekmény elkövetőjét semmiféle büntető felelősség nem terheli. Ezen esetben a kártérítés a gazdagodás erején tul nem terjedhet.

Ezen keresetek tárgyalásánál a jelen törvény 50. §-ának 2. és 3. bekezdése, valamint az 51., 53. és 54. §. intézkedései megfelelően alkalmazandók.

A kártérítés követeléséhez való jog elévül:

1. három év alatt azon naptól számitva, amely napon a cselekmény a sértett félnek tudomására jutott;
2. tiz év alatt, ha a cselekmény a sértett félnek nem is jutott tudomására, vagy tudomásának napjától három év nem is telt el.

A szabaaalmi dij évenként november *hó* 21 *napján esedékes és a szabadalmi hivatal pénztárába fizetendő.*

Ezen szabadalom elsőbbsége 1917 *évi* november *hó* 21 *napján kezdődik.*

PATENT.

No. 142081.

György Keresztes

and

Emil Wolf

NOTE.—The continuance of this Patent is conditional on the payment (by way of the prescribed Patents Form No. 14) of the following fees :—

						£	s.	d.
Before the expiration of the 4th year from the date of the patent and in respect of the 5th year						5	0	0
,,	,,	5th	,,	6th	,,	6	0	0
,,	,,	6th	,,	7th	,,	7	0	0
,,	,,	7th	,,	8th	,,	8	0	0
,,	,,	8th	,,	9th	,,	9	0	0
,,	,,	9th	,,	10th	,,	10	0	0
,,	,,	10th	,,	11th	,,	11	0	0
,,	,,	11th	,,	12th	,,	12	0	0
,,	,,	12th	,,	13th	,,	13	0	0
,,	,,	13th	,,	14th	,,	14	0	0
,,	,,	14th	,,	15th	,,	15	0	0
,,	,,	15th	,,	16th	,,	16	0	0

As the payment of these renewal fees is regulated by Act of Parliament, a fee cannot be received a *single day* after it is due; but, if the payment has been omitted, application may be made to the Comptroller, on Patents Form "No. 15," for an enlargement of time to make such payment, and for this enlargement the fees payable are £2 for one month, £4 for two months, or £6 for three months, but no further enlargement can be allowed beyond three months.

*** Patents Forms Nos. 14 and 15 may be purchased on personal application at the Inland Revenue Office (Room No. 28), Patent Office, 25, Southampton Buildings, London, W.C. 2, or can be obtained at a few days' notice through any Money Order Office in the United Kingdom upon prepayment of the value of the Stamp.

(50,308). Wt.1294—230. 1000. 4/20. Gp.164. A.&E.W.

25.)

+

A2*

PATENT.

142081

A.D. A2*

No. 142081.

GEORGE V, BY THE GRACE OF GOD,

Of the United Kingdom of Great Britain and Ireland and of the British Dominions beyond the Seas King, Defender of the Faith, Emperor of India: To all to whom these presents shall come greeting:

WHEREAS György Keresztty Ph.D., of Jó-utca 4, Ujpest, Budapest, Hungary, Chemist, and Emil Wolf, Ph.D., of Jó-utca 4, Ujpest, Budapest, Hungary, Chemist.

(hereinafter called the said applicants) have declared that they have made application abroad for protection of their invention of Process for the production of solid basic magnesium hypochlorite

and that the said invention was not in use within the United Kingdom of Great Britain and Ireland, and the Isle of Man, by any other person before the date hereunder written of these presents to the best of their knowledge, information and belief:

AND WHEREAS the said applicants have humbly prayed that a patent might be granted unto them in priority to other applicants for the sole use and advantage of their said invention:

AND WHEREAS the said applicants have by and in their complete specification particularly described the nature of their invention:

AND WHEREAS We, being willing to encourage all inventions which may be for the public good, are graciously pleased to condescend to their request:

KNOW YE, THEREFORE, that We, of our especial grace, certain knowledge, and mere motion do by these presents, for us, our heirs and successors, give and grant unto the said applicants as joint tenants, our especial license, full power, sole privilege, and authority, that the said applicants, and the survivors and survivor of them, and the executors or administrators of such survivor, their or his assigns (all which persons or person are hereinafter referred to as the said patentees) by themselves, their agents, or licensees, and no others, may at all times hereafter during the term of years herein mentioned, make, use, exercise, and vend the said invention within our United Kingdom of Great Britain and Ireland, and Isle of Man, in such manner as to them may seem meet, and that the said patentees shall have and enjoy the whole profit and advantage from time to time accruing by reason of the said invention, during the term of sixteen years from the date hereunder written of these presents: AND to the end that the said patentees may have and enjoy the sole use and exercise and the full benefit of the said invention, We do by these presents for us, our heirs and

successors, strictly command all our subjects whatsoever within our United Kingdom of Great Britain and Ireland, and the Isle of Man, that they do not at any time during the continuance of the said term of sixteen years either directly or indirectly make use of or put in practice the said invention, or any part of the same, nor in anywise imitate the same, nor make or cause to be made any addition thereto or subtraction therefrom, whereby to pretend themselves the inventors thereof, without the consent license or agreement of the said patentees in writing under their hands and seals, on pain of incurring such penalties as may be justly inflicted on such offenders for their contempt of this our Royal command, and of being answerable to the patentees according to law for their damages thereby occasioned :

PROVIDED ALWAYS that these letters patent shall be revocable on any of the grounds from time to time by law prescribed as grounds for revoking letters patent granted by Us, and the same may be revoked and made void accordingly : PROVIDED ALSO, that if the said patentees shall not pay all fees by law required to be paid in respect of the grant of these letters patent, or in respect of any matter relating thereto at the time or times, and in manner for the time being by law provided ; and also if the said patentees shall not supply or cause to be supplied, for our service all such articles of the said invention as may be required by the officers or commissioners administering any department of our service in such manner, at such times, and at and upon such reasonable prices and terms as shall be settled in manner for the time being by law provided, then, and in any of the said cases, these our letters patent, and all privileges and advantages whatever hereby granted shall determine and become void notwithstanding anything hereinbefore contained : PROVIDED ALSO, that nothing herein contained shall prevent the granting of licenses in such manner and for such considerations as they may by law be granted : AND lastly, we do by these presents for us, our heirs and successors, grant unto the said patentees that these our letters patent shall be construed in the most beneficial sense for the advantage of the said patentees.

IN WITNESS whereof we have caused these our letters to be made patent and to be sealed as of the nineteenth day of April one thousand nine hundred and nineteen.

R.W.

W. TEMPLE FRANKS,

Comptroller-General of Patents,
Designs, and Trade Marks.

ORSZÁGOS LEVÉLTÁR
Z szekció

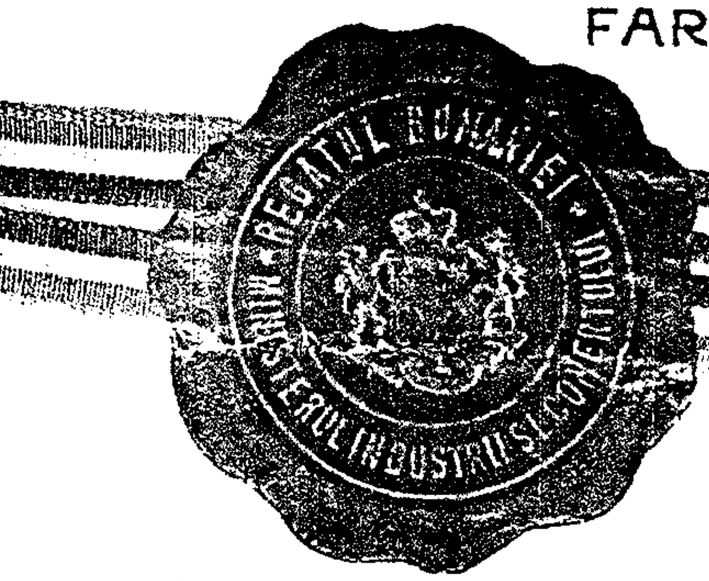
22)

REGATUL ROMANIEI

MINISTERVL INDVSTRIEI
ȘI COMERCIVLVI

Brevet Regal Român

FARĂ GARANȚIA GUVERNULUI



Nº 6348

TIP. „LUPTA" N. STROILĂ

Clasa XIV. Arte chimice.

Grupa 8. Procedeuri și produse nespecificate.

REGISTRU GENERAL

Vol. XI Pag. 337

Brevet No.

Dosar No.

REGATUL ROMANIEI

Ministerul Industriei și Comerciului

DIRECȚIA GENERALĂ A INDUSTRIEI

OFICIUL PROPRIETAȚEI INDUSTRIALE

MINISTERUL INDUSTRIEI ŞI COMERCIULUI declară și certifică că în baza procesului verbal No. 90524 din anul 1919 luna Decembrie ziua 26 ora 11,30 de primire a cererei depusă de D-l T. Akerman

s'a acordat D-lui Dr. Georg von Kereszty și Dr. Emil Wo

prin Decret Regal cu No. 5659 din anul 1922 luna Decembrie ziua 22 conf. Legei Brevetelor de Invenţiune sanctionată cu Decret Regal No. 102 din 13 Ianuarie 1906 și publicată in Monitorul Oficial cu No. 229 din 17 Ianuarie 1906 un Brevet de Invenţiune cu titlul Procedeu pentru producerea de hypochlorit de magneziu basic solid.

pentru un termen de 15 ani incepător de la 26 Decembrie 1919.
(afară de cazurile de nulitate și decădere prevăzute de lege)
~~cu prioritatea~~

Prezentul Brevet nu garantează nici originalitatea, nici valoarea, nici realitatea invenţiunei, nici exactitatea descrierilor din brevet. Ori-ce răspundere de ori-ce natura privește exclusiv pe posesorul brevetului.

MINISTERUL INDUSTRIEI ŞI COMERCIULUI

Directorul General al Indus

Z 1261 21

MINISTERUL INDUSTRIEI ŞI COMERŢULUI

DIRECŢIUNEA GENERALĂ A INDUSTRIEI

DIRECŢIUNEA PROPRIETĂŢII INDUSTRIALE

reg. No. 1219
osar No. 5547

PROCES-VERBAL

Astăzi, anul 1919, *luna* Decembrie, *ziua* 26, *ora* 11 şi 30
a depus de către Domnul T. Akerman,
profesiune inginer, *de naţionalitate* romana
omiciliat în Bucuresti *strada* calea Victoriei *No.* 144
a mandatar *o cerere pentru obţinerea unui brevet de* inventiune
titlul :

"Procedeu pentru producerea de hypohlorit de magnesiu basic solid",

numele d-lor dr. Georg von Kereszty si dr. Emil Wolf,
de profesie chimisti
naţionalitate –, *domiciliat în ţara* Ungaria
raşul Ujpest, *strada* To utca *No.* 1

La această cerere de brevet *am anexat :*

2 memorii descrip.
1 rec. adm. fin. no. 60228
1 bon de coperta

Pentru care drept constatare s'a făcut acest Proces-verbal în dublu exemplar, din ari unul s'a eliberat d-lui T. Akerman,
r celălalt s'a depus la arhivă.

DIRECTOR,

Şeful Biuroului,

Petiţionar,
s/s Th. Akerman,

p. c nf. Eug. Cahinescu

ORSZÁGOS LEVÉLTÁR
Z szekció

Md. 7. — Tip. N. Stroilă

ORSZÁGOS LEVÉLTÁR
Z szekció

2 1201 2 f. ORSZÁGOS LEVÉLTÁR
Z szekció

221/34

Reg. No. 1219/1919.

Dossier No. 5547

T I T R E O F F I C I E L

P A T E N T - U R K U N D E

L E T T E R S P A T E N T

Pays
Land
Country — Rumänien

Numéro
Number
Number — 6348

Breveté
Dem
Patentee — dr. Georg von Kereszty +
dr. Emil Wolf

Déposé le
Angemeldet
Filed — 26. Dezember 1919

Accordé le
Erteilt
Granted — 22. Dezember 1922

Annuités payable le
Jahresbeträge fällig
Annuities due — 26. Dezember einer jeden Jahres.

Dites en annuité due avant le
Aufgehoben fällig vor dem
Expiring due before the — 26. Dezember 1923

Registratura No. 1219 *anul* 919, *luna* Decem. , *ziua* 26

ora 11 si 30 *Dosar No.* 5547

Domnule Ministru,

Subsemnatul dr.Georg von Kereszty si dr.Emil Wolf

de profesiune chimisti

de naţionalitate

şi domiciliat în Ujpest, Ungaria

strada To utca *No.* 1

inventând un procedeu pentru producerea de hypochlorit de magnesiu basic solid,

ANEXE:

2 memorii,
1 procura,
1 recipisa,
1 bon de coperta,

am onoare a vă ruga să bine-voiţi a-mi acorda pe termen de 15 *ani un brevet de* inventiune

cu titlul

"Procedeu pentru producerea de hypochlorit de magnesiu basic solid",

Conform legii şi regulamentului respectiv anexez un număr total de 3 *acte originale constatatoare, precum şi recipisele No.* 60226

1 bon de coperta,

a Cassei de Stat de achitarea taxei de 65 *lei.*

Primiţi, asigurarea distinsei mele stime.

(ss) Petiţionarul,

p. Conformitate,
Eug. Cāhinescu

dr.Georg Kereszty si
dr.Emil Wolf
pr.pr.
T. Akerman,

EXTRACT DIN LEGEA

ASUPRA

BREVETELOR DE INVENȚIUNE

Sancționată cu Decretul Regal No. 102
din 13 Ianuarie 1906 și publicată în „*Monitorul Oficial*“ No. 229 din 17 Ianuarie 1906

Art. 9. — Brevetul perde validitatea sa:

a) Dacă taxele anuale nu sunt plătite, cel mai târziu la 30 zile după termen;

b) Când inventatorul renunță expres la brevetul său;

c) Când brevetatul n'a exploatat invenția sa în țară în interval de 4 ani, socotiți dela data brevetului, sau când exploatația a fost întreruptă pe timp de doi ani;

d) Când s'a recunoscut că descripția și desemnurile servind ca bază brevetului nu îndeplinesc condițiunile prescrise de art. 15 din această lege, precum și cele dela art. 16 și 17;

e) Când se va probà că obiectul brevetat a fost întrebuințat, pus în lucru sau exploatat efectiv de altul în România, într'un scop comercial, înainte de data legală a brevetului de invențiune, perfecționare sau importațiune;

f) Când brevetatul, în descrierea anexată cererei sale, va fi omis intenționat de a face mențiune de o parte din secretul său sau îl va fi indicat în mod neexact;

g) Când se va probà că specificarea complectă și desemnurile exacte ale obiectului brevetat au fost produse anterior datei depozitărei într'o lucrare sau colecțiune imprimată sau publicată;

h) Când obiectul pentru care s'a eliberat brevetul ar fi fost brevetat mai înainte în România sau străinătate.

In cazurile indicate la *a*, *b*, *c*, și *d*, ale acestui articol, nulitatea este pronunțată direct de Ministerul Industriei și Comerciului. In toate celelalte cazuri ea nu poate fi pronunțată decât în urma unei sentințe judecătorești rămasă definitivă.